



*Institut de
Formation Sociale
Luxembourg*

*Oswald-von-Nell
Breuning Haus,
Allemagne*

*Centre de
formation
Cardijn,
Belgique*

**COLLOQUE EUROPEEN
HERZOGENRATH
DU 7 AU 10 DECEMBRE 2000**

VERS UNE NOUVELLE SOCIETE DU TRAVAIL EN EUROPE?

COMPENDIUM DES INTERVENTIONS

**IFS
5, avenue Marie-Thérèse
L-2132 Luxembourg**

**COLLOQUE EUROPEEN
HERZOGENRATH
DU 7 AU 10 DECEMBRE 2000**

**LA SOCIETE DU TRAVAIL
EN TANT QUE SOCIETE CIVILE
EVOLUTION HISTORIQUE
ET DEFIS ACTUELS**

Dr Manfred Körber

Die Arbeitsgesellschaft als Zivilgesellschaft – Historische Entwicklungslinien und aktuelle Herausforderungen

Dr. Manfred Körber

1.

Zivilgesellschaft: Begriff

Der Begriff Zivilgesellschaft wird in unterschiedlichsten Kontexten zitiert und beschworen, ohne daß der Bezug immer klar ist. Die Zivilgesellschaft scheint zum Modewort geworden zu sein, das oft gebraucht wird, ohne das eindeutig hervorgeht, was bezeichnet werden soll. Diese Unschärfe des Begriff wird dabei im politischen Diskurs vielfach auch zur Verschleierung von Interessenlagen benutzt. Dabei ist die Geschichte des Begriffs von Interessenkonflikten gekennzeichnet.¹

Im folgenden werde ich nicht zwischen den Begriffen Zivilgesellschaft, civil society, Bürgergesellschaft, zivilem und bürgerschaftlichem Engagement unterscheiden. Ich verwende den Begriff "Zivilgesellschaft" als allgemein anerkannten Oberbegriff.²

In Anlehnung an Konrad Raiser, den Vorsitzenden des ökumenischen Rates der Kirchen, verstehe ich Zivilgesellschaft weniger als einen analytischen Begriff, sondern vielmehr als einen Suchbegriff.³ Gesucht wird nach den Bedingungen für die Lebensfähigkeit einer Gesellschaft. Diese Lebensfähigkeit ist in den entwickelten Industrieländern bedroht durch Tendenzen des wirtschaftlichen Systems, das gesamte gesellschaftliche Leben zu beherrschen.

¹ Vgl. Wirtschafts- und Sozialausschuß des EU-Parlaments: Die Rolle und der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zum europäischen Einigungswerk“, CES/851/99 (DE) da

² zu speziellen Abgrenzungsfragen siehe: *Wendt, Wolf Rainer* (1996): Bürgergesellschaft und zivile Gesellschaft. Ihr Herkommen und ihre Perspektiven, in: *Ders. u.a.* (Hg): Zivilgesellschaft und soziales Handeln: Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Belangen (Band 4 der Schriftenreihe der *Deutschen Gesellschaft für Sozialarbeit e.V.*), Freiburg, S. 13-77, hier: S. 16-21

³ Konrad Raiser, Zivilgesellschaft und konziliarer Prozeß, in: epd-Dokumentationen Nr. 24/95, 1-8

Zivilgesellschaftliches Handeln betont die Notwendigkeit des Wechselspiels zwischen politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Prozessen für die Lebensfähigkeit einer Gesellschaft und wendet sich gegen eine Ökonomisierung der Alltagswelt.⁴

Die Rede von der Zivilgesellschaft verweist auf die veränderten gesellschaftlichen Handlungs- und Solidaritätspotentiale sowie auf ein gewandeltes Staatsverständnis.

Mit dem Hinweis auf die Zivilgesellschaft betonte u.a. der Weltsozialgipfel 1995 in Kopenhagen die Grenzen rein staatlicher Lösungsversuche und er öffnete einen weltgesellschaftlichen Prozeß hin zu einem sozialen Konsens auf der Ebene internationaler Deklarationen.⁵

Der Suchbegriff Zivilgesellschaft behauptet, daß alle wirtschaftlichen und politischen Prozesse auf einem Beziehungsgeflecht in der Alltagswelt aufbauen, das sie zwar nutzen, aber nicht regenerieren können, sondern potentiell zerstören. Die Zivilgesellschaft folgt damit einer anderen Rationalität als Politik und Wirtschaft. Sie stellt die Förderung der Kommunikationsfähigkeit einer Gesellschaft sowie die Förderung von Lebensqualität durch die Schaffung von verlässlichen und sinnvollen Lebenszusammenhängen in den Mittelpunkt ihres Interesses.

Grundbedingung einer so verfaßten Gesellschaft ist eine positive Einstellung zu Bürgerengagement und Zivilcourage. Merkmale sind die Existenz einer Vielzahl von Organisationen und Institutionen, in denen Menschen ihre Lebensinteressen realisieren können. Diese sind unabhängig von einem Machtzentrum organisiert und konstituieren so ein neues Verhältnis von Gesellschaft und Staat. Sie sind weder durch den Staat instrumentalisiert, noch stehen sie in Opposition zum Staat. Sie füllen das Vakuum zwischen staatlicher Organisation und atomisierten einzelnen Strukturen in modernen Gesellschaften.⁶

⁴ Ein solches Verständnis von Zivilgesellschaft als Suchbegriff nimmt die unterschiedlichen Bedeutungen, die der Begriff in Ost- und Westeuropa hatte, auf. vgl. *Kebir, Sabine* (1991): Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag.Ökonomie.Kultur.Politik, Hamburg

⁵ vgl. *Cremer, Georg* (1995): Eine internationale Sozialordnung? Der Nachfolgeprozeß des UN-Weltsozialgipfels ist entscheidend, in: Herder Korrespondenz, Heft 5/1995, S. 233-237

⁶ vgl. *Dahrendorf, Rolf* (1994): Das Zerbrechen der Ligaturen und die Utopie der Weltbürgergesellschaft, in: *Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth* (Hg.), S. 421-436

2.

Zivilgesellschaft in europäischer Perspektive: historische Entwicklungslinien

In den einzelnen Staaten der europäischen Union ist der Begriff Zivilgesellschaft aufgrund der jeweiligen historischen Entwicklungen mit unterschiedlichen Inhalten besetzt. Wenn die Zivilgesellschaft zu einer Leitperspektive für die Europäische Union werden soll, kommt es darauf an, die verschiedenen Deutungen durch eine umfassende Begriffsbestimmung zu überwinden – auch wenn diese dann sehr allgemein gefaßt sein wird.

Bis zur Aufklärung bezeichnete der Begriff Zivilgesellschaft eine bestimmte Art des politischen Zusammenschlusses, nämlich den rechtlich geregelten. Cicero sprach von der *societas civilis*. Auch im Mittelalter bleibt diese politische Definition der Zivilgesellschaft maßgeblich, sie wird jedoch um eine Nuance erweitert, denn nunmehr wird sie im Gegensatz zur religiösen Gemeinschaft verstanden. Damit wurde der Begriff verweltlicht. Bemerkenswert ist, dass die Begriffe Zivilgesellschaft und Staat in dieser Tradition fast austauschbar sind.

Ab etwa 1750 kehrt sich die Bedeutung des Begriffs Zivilgesellschaft nahezu um. Er wird nicht mehr im Umfeld des Staatsbegriffs angesiedelt, sondern bezeichnet einen Gegenpol zum Staat. Das aufsteigende Bürgertum mit seinem liberalen Gedankengut hat sich des Begriffs bemächtigt, um einen von der Politik abgegrenzten gesellschaftlichen Bereich, nämlich den Markt und das Privatleben, konzeptionell zu erfassen.

Gegen dieses unpolitische liberale Konzept wenden sich im 19. Jahrhundert Hegel und Marx. Für sie ist der Begriff Zivilgesellschaft partiisch und einseitig. Bei ihnen wurde der Begriff weitgehend mit dem atomistischen Weltbild der Bourgeoisie und der formalistischen Verrechtlichung der Beziehungen durch das bürgerliche Recht assoziiert.

Liberalismus und Sozialismus definierten im ihrem Streit um den Begriff, Zivilgesellschaft nunmehr als Gegenpol zur politischen Sphäre. Für die Liberalen war er Hort der individuellen Freiheit und vertraglichen Assoziation, für die Sozialisten der Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse und der Klassenunterschiede.

Im 20. Jahrhundert nehmen Tendenzen zu, die Aufspaltung in diese zwei Lager zu überwinden. Eine u.a. von Durkheim und Weber inspirierte Interpretation stellt die gleichzeitige Betonung von vier Aspekten heraus:

- Die Zivilgesellschaft ist von mehr oder weniger formalisierten Institutionen geprägt
- Der Einzelne gehört den Institutionen der Zivilgesellschaft freiwillig an
- Gerüst der Zivilgesellschaft ist das Recht
- Die Zivilgesellschaft ist ein Ort der kollektiven Willensbildung und Bürgervertretung
- Die Zivilgesellschaft schafft einen Raum der Subsidiarität

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß des europäischen Parlaments schlägt für den Begriff Zivilgesellschaft in europäischer Perspektive folgende sehr breite Definition vor: „Zivilgesellschaft ist ein Sammelbegriff für alle Formen sozialen Handelns von einzelnen oder Gruppen, die nicht auf Initiative des Staates zurückgehen oder von diesem gelenkt werden“.

3.

Eine europäische Zivilgesellschaft gründet in der Arbeitsgesellschaft

Bereits der kurze geschichtliche Überblick zeigte, daß die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft in engem Zusammenhang mit der Arbeitsgesellschaft steht. Deutlich wird dies u.a. in der Liberalismus – Sozialismus Kontroverse des 19. und 20. Jahrhunderts. Bisher ist es, meiner Kenntnis nach, nicht geleistet worden, das Verhältnis Zivilgesellschaft und Arbeitsgesellschaft in europäischer Perspektive ausführlich zu erörtern. Die Gründe dafür liegen in der komplexen und komplizierten Aufgabe eines solchen Vorhabens. Es müßte sich nämlich mit den unterschiedlichen Formen von Arbeitsbeziehungen, Sozialstaat, politischer Öffentlichkeit, demokratischen Beteiligungsformen u.a.m. in den einzelnen Ländern der Europäischen Union auseinandersetzen.

Im Kontext, der mir aufgetragenen Fragestellung des Verhältnisses von Zivilgesellschaft und Arbeitsgesellschaft möchte ich – aus deutscher Sicht - drei Aspekte vertiefen, von denen ich vermute, daß sie für andere Länder in der Europäischen Union in ähnlicher Weise gelten.

1. Arbeit und gesellschaftliche Integration

In den europäischen Industriegesellschaften ist Erwerbsarbeit das zentrale Moment gesellschaftlicher Integration. Wer keine Erwerbsarbeit hat, dem fehlen vielfältige Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe. Er ist in dreifacher Weise ausgegrenzt:⁷

- Ausgrenzung am Arbeitsmarkt: Die Mehrheit der von Arbeitslosigkeit Betroffenen fällt in die Schattenwirtschaft, in die Dauerarbeitslosigkeit oder die immer-mal-wieder-Arbeitslosigkeit – und damit in gesellschaftlich disqualifizierte Bereiche arbeitslosen Lebens. Nicht zuletzt aufgrund der darauf resultierenden Stigmatisierung haben sie nur noch geringe Chancen, jemals ein stabiles Beschäftigungsverhältnis zu erlangen, und reagieren auf ihre fehlenden Chancen häufig mit dem Rückzug von Arbeitsmarkt.
- Ökonomische Ausgrenzung: Aufgrund der arbeitsgesellschaftlichen Kopplung von Arbeit und Einkommen und als Folge ihrer Arbeitslosigkeit verliert die Mehrzahl der Betroffenen die Fähigkeit, auf gesellschaftlich anerkannte Weise für den eigenen Lebensunterhalt und den des gemeinsamen Haushaltes eigenständig aufzukommen. Sie sind von staatlichen Zuwendungen abhängig. (Spezielle deutsche Situation ist die Kopplung der Gesundheits- und Sozialleistungen an das Einkommen.)
- Gesellschaftliche Ausgrenzung: Die Betroffenen haben in der Regel keine vergleichbaren Möglichkeiten den gesellschaftlich anerkannten Verhaltensmustern, Lebenszielen und Werten zu entsprechen und ihre eigenen Interessen in den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen einzubringen und durchzusetzen.

Es gehört zur gegenwärtigen Struktur der europäischen Arbeitsgesellschaften, dass sie diese Formen der Ausgrenzung nicht nur hinnehmen sondern bewußt produzieren. Strukturell werden die Betroffenen zur Aufnahme von Erwerbsarbeit angehalten; ihnen werden jedoch entsprechende Beschäftigungsverhältnisse vorenthalten und *deswegen* auch noch die normalen Teilhaberechte verweigert.

‡ Eine zivilgesellschaftliche Perspektive, die für breite Beteiligungsmöglichkeiten in einer Bürgergesellschaft plädiert, muß sich mit dieser arbeitsgesellschaftlichen Traditionslinie auseinandersetzen und hier wirksame Abhilfen schaffen.

2. Solidarität und staatliche Organisation

Die spezielle soziale Frage, wie denn bei fortgeschrittener Individualisierung noch oder wieder Solidarität fundiert werden kann, ist Grundbestandteil der zivilgesellschaftlichen Diskussion. Dabei werden vielfach vormoderne Antworten gegeben: Die gewünschte Solidarität wird im traditionellen Sinne von familiären, nachbarschaftlichem, geistlichem Beistand erwartet. Mit diesen Antworten verbunden ist eine vehemente Diskussion, um die Bedeutung des Ehrenamtes bzw. des volunteering für die Zukunft des Sozialstaates. Schon heute werden in Ländern der europäischen Union ohne ausgebauten Sozialstaat durch volunteering und Freiwilligenarbeit soziale Grundaufgaben abgedeckt. In Ländern mit ausgebautem sozialen Sektor besteht die Gefahr, dass bei der Harmonisierung, durch freiwillige Arbeit Kosteneinsparung und Sozialabbau vorangetrieben werden.⁸

‡ Der zivilgesellschaftliche Diskurs gründet auf organisierter Solidarität der modernen Industriegesellschaften. Staatliche Solidaritätsstrukturen (kombiniert mit einem Generationenvertrag und kollektiven Versicherungssystemen) sind eine wirksame Antwort auf die soziale Frage im 19. Jahrhundert gewesen. Die zivilgesellschaftliche Diskussion muß sich in Beziehung setzen zu diesen organisierten Formen von Solidarität des Wohlfahrtsstates. Gerät sie zum Instrument einer Sparpolitik, wie dies bei den Überlegungen der britischen und deutschen Sozialdemokraten zum 3.Weg vorgesehen ist, kann sie keinen Beitrag zur Weiterentwicklung der historischen Antworten auf die soziale Frage darstellen.

3. Demokratie und ihre Akteure

Wohlfahrtsverbände, Sozialverbände und Gewerkschaften stellen für eine Gesellschaft eine wichtige Mobilitätsreserve für soziales Engagement dar. Sie sind ein Ergebnis des Ringens um gesellschaftliche Werte der Arbeitsgesellschaft und haben durch entsprechende Kontroversen den Raum für gesellschaftliche Auseinandersetzungen entscheidend gestaltet.

⁷ vgl. Matthias Möhring-Hesse (2000): Arbeit integriert – Arbeit spaltet; in: Karl Gabriel, Heiner Ludwig (Hg.): Gesellschaftliche Integration durch Arbeit, Münster S. 81-112, S. 102

⁸ Berücksichtigt werden muß auch, wie der Bereich freiwilliger Arbeit mit Zwangsmaßnahmen sozialstaatlicher Kontrolle etc. kombiniert wird.

Auch die sog. neuen sozialen Bewegungen, darunter Bürgergruppen, Nichtregierungsorganisationen, Umweltverbände etc. können ihre Wirksamkeit nur vor dem Hintergrund der Kultur der alten sozialen Bewegungen entwickeln.

Ohne die gesellschaftliche Kompetenz der modernen Industriegesellschaften z.B. mit einer Protestkultur (Mobilisierung, Öffentlichkeit, Gegenmachtbildung) umzugehen, wären sie wirkungslos.

Heute verschmelzen neue und alte soziale Bewegungen zu sog. Bewegungsorganisationen. „Von den herkömmlichen Verbänden unterscheiden sie sich dadurch, dass sie den sozialen Bewegungen nahe stehen und die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit zum Adressaten ihres Handelns haben. Ihr spezifischer Beitrag zur Politik besteht darin, eine ‚soziale Politik‘ im Interesse von Unrecht und Leid Betroffenen möglich und politisch durchsetzbar zu machen. Sie unterscheiden sich damit von jener Art von Verbänden, die – in die sozialpolitischen Entscheidungsprozesse und –eliten eingebunden – die Maßnahmen staatlichen Handelns von oben nach unten treuhänderisch weitergeben bzw. zur Durchsetzung bringen.“⁹

‡ Will sich die Zivilgesellschaft nicht ihrer Mobilisierungsreserve berauben, muß sie an der Weiterentwicklung der Akteure, die in der Auseinandersetzung mit der Arbeitsgesellschaft entstanden sind, interessiert sein. Sie muß darüber hinaus neue Formen der Bürgerbeteiligung erschließen und dafür Sorge, dass es eine bunte Vielfalt von freien Initiativen gibt, die nicht staatlichen Kontrollen unterliegen.

4.

Die Krise der Arbeit stellt eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft dar

Diese kurzen Einblicke, so denke ich, haben verdeutlicht, wie sehr die Kultur der Arbeit die Grundlage für die heutige zivilgesellschaftliche Debatte darstellt. Die Kultur der Auseinandersetzung um Arbeit und Soziales in den Europäischen Staaten, verbunden mit der Schaffung von Gesetzen, Assoziationen, Institutionen und kulturellen Arrangements begründet eine europäische Zivilgesellschaft. Daher wirkt die aktuelle Krise der Arbeitsgesellschaft auch unmittelbar zurück auf die Zivilgesellschaft.

⁹ Karl Gabel (2000): Zur gesellschaftlichen Präsenz der Katholiken, in: Wolfgang Thierse (Hg.): Religion ist keine Privatsache, Düsseldorf, S. 120- 132, S.126

In der Europäischen Union gibt es z.Z. xx Millionen Erwerbsarbeitslose. Die seit über zwei Jahrzehnten anhaltende und sich verfestigende Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa ist längst kein vorübergehendes Phänomen mehr. Sie ist das nicht mehr zu übersehende Signal, daß die aus der kapitalistischen Industrialisierung entstandene Erwerbsarbeitsgesellschaft krank ist.

Zwei herausragende Nöte sind mit der Massenarbeitslosigkeit entstanden, die nun die Gesellschaften und politischen Machtverhältnisse prägen:

1. Die soziale Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern der Krise, zwischen denjenigen, die das Erwerbssystem noch braucht, und denjenigen, die nicht mehr gefragt sind und ausgesondert werden, wächst das Unrecht zwischen arm und reich.
2. Die Sprachlosigkeit der Menschen, die mehr und mehr aus der kleiner werdenden Erwerbsgesellschaft ausgeschlossen werden greift um sich.

Sprachlosigkeit und der Ausschluß von immer mehr Menschen aus der Arbeitsgesellschaft untergräbt die Demokratie. Daher ist die Frage nach der Zukunft der Arbeitsgesellschaft auch die zentrale Herausforderung für eine europäische Zivilgesellschaft. Ohne eine Perspektive der Arbeitsgesellschaft wird es auf lange Sicht keine europäische Zivilgesellschaft geben.

Dieser Einsicht folgt auch die europäische Arbeitsmarktpolitik. In der Arbeitsmarktintegration wird der Ausweg vor gesellschaftlicher Ausgrenzung gesehen. Wenn ich es richtig sehe, verfolgen die arbeitsmarktpolitischen Vorhaben in allen europäischen Ländern dieses Ziel. Insbesondere von den britischen Reformvorhaben – dem „New Deal“ - werden Impulse für die Modernisierung der sozialen Sicherung erwartet. Ziel aller Reformen ist die Vermittlung in die Erwerbsarbeit.

Tony Blair dazu im Grünbuch zur Wohlfahrtsreform: „Die leitenden Grundsätze der Reform und unsere Vision der Zukunft des Wohlfahrtsstaates sind klar. Wir wollen das System um Arbeit und Sicherheit herum aufbauen. Arbeit für jene, die arbeiten können; Sicherheit für jene, die es nicht können. .. Die Politik der Arbeitsintegration (welfare to work) stellt den größten Schritt gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit dar ...Junge Menschen und Langzeitarbeitslose, potentiell viele allein Erziehende, Behinderte und chronisch kranke Menschen profitieren davon.“

Blair und viele andere europäische Regierungschefs – darunter auch der deutsche Bundeskanzler Schröder – glorifizieren die Erwerbsarbeit als einzig gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit. Die strikte Orientierung auf Erwerbsarbeit ist im Grunde keine neue Strategie, neu ist allerdings, dass es nun nicht den Betroffenen selbst überlassen bleibt, sich nach Arbeit umzusehen. Vielmehr werden staatliche Leistungen der sozialen Sicherungssysteme mit der Pflicht zur Arbeit verbunden. Bürgerrechte werden zum Teilhaberecht an Konsum und zur Arbeitspflicht. Soziale Leistungen werden zum Konsumgut, deren Empfänger zu Kunden.¹⁰

Diese Analyse von Peter Hartmann zeigt, wie stark die Frage der Arbeitsgesellschaft und einer europäischen Zivilgesellschaft zusammenhängen. Angesichts des politischen Willens, das Soziale stärker unter Aspekten des Marktes zu organisieren, besteht meiner Einschätzung nach die Gefahr, dass die Zivilgesellschaft zum Statisten zu werden droht. Es sei denn, es gelingt ihr eine Gegenmacht zu den Strategien von staatlicher Politik und Ökonomie zu entwickeln.

5.

Ohne Perspektive der Arbeitsgesellschaft keine europäische Zivilgesellschaft

Weiterführende Impulse einer neuen Balance von Arbeit, Einkommen und Leben, die zur Grundlage einer solchen Gegenmacht werden können, kommen u.a. aus der Diskussion um die Tätigkeitsgesellschaft. Allerdings ist dieser Begriff ebenfalls sehr diffus. Im wesentlichen meint er, dass Arbeit nicht reduziert werden darf auf Erwerbsarbeit, sondern dass andere Formen des Arbeitens als gleichwertig zu betrachten sind.

Ein solches differenzierte Arbeitsverständnis trifft auf zwei Schlüsselkategorien: Existenzsicherung und Arbeitsumverteilung. Die Frage nach der unsicher gewordenen Zukunft der Erwerbsarbeit wirft in neuer Weise das Problem einer umfassenden Existenzsicherung auf. Was passiert, wenn immer weniger Menschen einer geregelten Erwerbsarbeit nachgehen können? Wie können Tätigkeiten, jenseits der Erwerbsarbeit, entlohnt werden? Bleibt die Diskussion um die Tätigkeitsgesellschaft jedoch bei diesem Kriterium stehen, so führt behandelt sie in erster Linie Fragen des Sozialtransfers. Zu einem

zivilgesellschaftlichen Projekt wird sie erst durch die Berücksichtigung des zweiten Kriteriums, der Arbeitsumverteilung. Wie kann die zur Verfügung stehende Erwerbsarbeit gerechter verteilt werden? Die Frage nach der Verteilung wirft die Frage nach der Rolle der Erwerbsarbeit in einer Zivilgesellschaft auf. Sie trägt zur Aufwertung der Frauenerwerbstätigkeit in quantitativer und in qualitativer Hinsicht bei, sie eröffnet Chancen für mehr Zeitwohlstand und ebnet Wege zur Integration von nicht erwerbswirtschaftlichen Arbeitsbereichen.

Anstatt den Arbeitsmarkt zu Spalten in einen Sektor für die gut verdienenden und einen für die prekären Jobs verfolgt eine an den beiden Kriterien ausgerichtete Debatte das politische Projekt einer Verteilung von Arbeit und Einkommen in Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Eigenarbeit und Sozialzeit.

Für die Europäische Zivilgesellschaft wäre es ein Fortschritt, wenn sie die Diskussion um die Existenzsicherung und Arbeitsumverteilung aufnehmen würde, anstatt immer neuere Programme zur Arbeitsmarktintegration aufzulegen. Aus einem solchen Projekt heraus würden neue Impulse möglich die Übergänge zwischen Erwerbs-, Familien-, Eigenarbeit und Sozialzeit fließender werden zu lassen. Profitieren davon würde die Zivilgesellschaft. Dabei darf man sicher nicht blauäugig sein. Bisher ist die Erwerbsarbeit das Zentrum des Arbeitsverständnisses. Und von hier aus muß man den Arbeitsbegriff wie auch die Arbeitsgesellschaft weiterentwickeln. Das Zentrum gilt es dabei ebenso zu gestalten, wie die Ränder und Freiräume, die um die Erwerbsarbeit herum immer größer werden.

¹⁰ übernommen aus: Peter Hartmann, Modernisierung sozialer Sicherung in der Europäischen Union, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 3-4/2000, S. 76-78

**COLLOQUE EUROPEEN
HERZOGENRATH
DU 7 AU 10 DECEMBRE 2000**

**D'UNE SOCIETE DU
TRAVAIL A UNE SOCIETE
D'ACTIVITES**

Joachim SIKORA

Handlungsfelder einer zukünftigen Tätigkeitsgesellschaft und ihre Einkommensstruktur

Joachim Sikora

Unsere Gesellschaft befindet sich im Um- und Aufbruch. Deshalb suchen wir nach Perspektiven, Impulsen, Leitideen, Visionen. Ziel ist die Erarbeitung eines Grundkonsenses einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Die Wertbasis findet ihre aktuelle Ausformulierung im Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland: „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“.¹¹

Was benötigt wird, dies sind neue Denkansätze und alternative Konzepte. Wir benötigen „Orte“, wo Ideen und Anregungen zur Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft erläutert und diskutiert werden können, beispielsweise die „Querdenker-Akademien“ des Katholisch-Sozialen Instituts der Erzdiözese Köln, wo jede/r sich aktiv beteiligen und seine/ihre Vorschläge zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft einbringen kann.

Wir benötigen in der Gesellschaft mehr soziale Seismographen, Brainworker, Gemeinwohl-Erfinder, Avantgardisten, Pionier-Denker mit Ideen, Intuition, Irrationalität, Innovation, Imagination, Improvisation und Identifikation.

Neben dem Gemeinsamen Wort gab es im Frühjahr 1997 noch einen weiteren wichtigen Impuls: die „Berliner Rede“ von Bundespräsident Roman Herzog vom 26. April 1997. Sie stand unter dem Thema „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“.

Darin so entscheidende Passagen wie diese:

„Zuerst müssen wir uns darüber klar werden, in welcher Gesellschaft wir im 21. Jahrhundert leben wollen. Wir brauchen wieder eine Vision. Visionen sind nicht anderes als Strategien des Handelns. Das ist es, was sie von Utopien unterscheidet. Visionen können ungeahnte Kräfte mobilisieren: Ich erinnere nur an die Vitalität des ‚American dream‘, an die Vision der Perestroika, an die Kraft der Freiheitsidee im Herbst 1989 in Deutschland.

Auch die Westdeutschen hatten einmal eine Vision, die sie aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges emporführte; die Vision der Sozialen Marktwirtschaft, die Wohlstand für alle versprach und dieses Versprechen gehalten hat. Die Vision, das im Krieg geschlagene und

¹¹ Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Bonn 1997

moralisch diskreditierte Deutschland in die Gemeinschaft der europäischen Staaten und nach Europa zurückzuführen. Und schließlich die Vision der Vereinigung des geteilten Deutschland“.¹²

Der Bundespräsident skizziert dann Deutschland im Jahre 2020 und nennt als ersten Punkt: „Wäre es nicht ein Ziel, eine Gesellschaft der Selbständigkeit anzustreben, in der der einzelne mehr Verantwortung für sich und andere trägt und in der er das nicht als Last, sondern als Chance begreift? Eine Gesellschaft, in der nicht alles vorgegeben ist, die Spielräume öffnet, in der auch dem, der Fehler macht, eine zweite Chance eingeräumt wird. ...

Zweitens: Wäre es nicht ein Ziel, eine Gesellschaft anzustreben, die nicht mehr wie heute strikt in Arbeitsplatzbesitzer und Menschen ohne Arbeit geteilt ist? Arbeit wird in Zukunft anders sein als heute: Neue, wissensgestützte Berufe werden unqualifizierte Jobs verdrängen, und es wird mehr Dienstleistungen als industrielle Arbeit geben. Statt Lebens-Arbeitsplätzen wird es mehr Mobilität und mehr Flexibilität geben, auch zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Arbeit dient nicht nur dem Lebensunterhalt. ...“¹³

Dieser Beitrag handelt genau von dieser Thematik, dabei handelt es sich mehr um eine Baustelle, die architektonische Struktur ist erkennbar, doch es herrscht noch ein ziemliches Chaos; an allen Ecken und Enden, auf allen Etagen wird noch intensiv gearbeitet; der eine Bauabschnitt ist aus der Rohbauphase bereits heraus, während es auf anderen Ebenen noch um die Einschalung der entsprechenden Fundamente geht und an wieder anderen Stellen des Baus wird das Gelände noch vermessen. Wir bewegen uns zwischen einem groben Steinbruch auf der einen und schon recht filigranen Strukturen auf der anderen Seite.

Dieser Aufsatz ist ein Versuch. Es will aktuelle und zukunftsorientierte Entwicklungen zusammentragen, eine Gesamtkonzeption entwerfen, Visionäres transportieren. Zukunft geschieht schließlich nicht von selbst. Sie wird von denjenigen gestaltet, die bereit und in der Lage sind, Visionen zu entwickeln und andere Menschen zu motivieren, an der Verwirklichung dieser Visionen mitzuarbeiten.

Dieser Beitrag möchte aber auch verdeutlichen, welche Bedeutung den Überlegungen in der christlichen Gesellschaftslehre und den konkreten Bemühungen der Kirchen - vor allem ihrer sozialen Verbände und Organisationen - zukommt. Kirchen gehören in Deutschland zu den gesellschaftlichen Vordenkern – sie haben sich zu Avantgardisten in der politischen Diskussion entwickelt. Wer eine gesellschaftliche Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit anstrebt, findet in ihnen die notwendigen Bündnispartner.

Gesellschaft – Wirtschaft – Wandel

Die Erwerbsarbeit schmilzt dahin wie der Schnee in der Sonne. Aber – es bleibt genug zu tun! Eine widersprüchliche Aussage? Keineswegs, denn mit der Wirtschaft globalisiert sich auch die Arbeit. Technologische Entwicklungen, neue Software und eine ständig weiter steigende Produktivität machen auch die Erwerbsarbeit im Dienstleistungsbereich immer „überflüssiger“. Andererseits wachsen die Tätigkeiten in der Familie, der Nachbarschaft, der Gemeinde, den Verbänden und Organisationen.

Hier entwickeln sich in Tauschringen und Talentbörsen, in Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen immer neue Tätigkeitsfelder, die sich mit neuen Formen der Bezahlung verbinden.

Die Unternehmen werden immer kleiner und „virtueller“, es werden mehr und mehr kurzfristige, projektbezogene Tätigkeiten angeboten, die sich einer hochentwickelten Informations- und Kommunikationstechnik bedienen. Auf diese Art und Weise steuern kleine Projektgruppen Unternehmen mit hohen Umsätzen.

Der/die Arbeitnehmer/in von heute ist der/die „Lebensunternehmer/in“ von morgen. Diese bekommen in Zukunft Gehalt, Lohn, Salär, Heuer, Gage, Sold, Provision, Honorar – oder auch Elbtaler, Kreuzer, Batzen, döMark - kurz: Viele werden ihren Verdienst, ihr Entgelt, ihre Bezahlung in den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern erwerben und dafür die verschiedensten „Verrechnungseinheiten“ erhalten: in der Erwerbs-, Eigen-, Nachbarschafts-, Gemeinwohl-, Bildungs-, Familien-, Kultur- und Vermögenstätigkeit. Sei es als kurzfristiger Job, als Werkvertrag, in Form der Telearbeit, freiberuflich oder in obligatorischen Tätigkeiten.

Der dritte ökonomische Sektor, nennen wir ihn den gemeinwohl-orientierten, zivilen, non-profit Sektor, dieser Sektor wird zum größten „Arbeitgeber“ der Zukunft werden. Hier entsteht soziales Kapital. In diesem Sektor wird es sowohl bezahlte als auch ehrenamtliche Arbeitsplätze und Freiwilligendienste geben. Dieser Sektor befaßt sich mit nachbarschaftlichen Aufgaben und sozialen Herausforderungen im Zentrum jeder Gesellschaft. Er umfaßt die grundlegenden, urmenschlichen Ansprüche auf Fürsorge, Gemeinsamkeit und freiwilliger, unmittelbarer Hilfestellung.

In Europa existieren eine Vielzahl nicht-kommerzieller Organisationen, z.B. Servicezentren, Nachbarschaftszirkel, Tauschringe, Talentbörsen, kirchliche und säkulare Hilfswerke, Berufsvereinigungen, Bürgerbüros etc., die allesamt Dienste und

Leistungen für die Gemeinschaft anbieten, die weder vom Staat noch von der Wirtschaft befriedigt werden; sie tun dies nicht mit der Absicht, damit Profit zu erwirtschaften.

In jedem westeuropäischen Land existiert ein solcher dritter, non-profit Sektor. Er ist der wachstumsstärkste Bereich und bietet die Tätigkeitsfelder der Zukunft.

Daneben wird es weiterhin den ersten ökonomische Sektor - dies ist der vertraute Bereich der Wirtschaftsunternehmen - geben; bezogen auf die Arbeit sprechen wir hier von der überkommenden Erwerbsarbeit. Der zweite ökonomische Sektor, der Staat, erzeugt politisches Kapital und stellt Arbeit im Öffentlichen Dienst zur Verfügung. Trotz dieser Entwicklung hält die offizielle Politik am Mythos fest, die Wirtschaft wird es schon richten, wenn man sie nur ausreichend liberalisiert, privatisiert, dereguliert, die Arbeitseinkommen differenziert und sie schließlich senkt. Die Wirtschaft wird – entgegen aller Beteuerungen - diesen Auftrag nicht einlösen können.

Von der Dienstleistungs- zur Tätigkeitsgesellschaft

Von der Erwerbsarbeitsgesellschaft (bis ca. 1970) bewegen wir uns gegenwärtig durch die Phase der Dienstleistungsgesellschaft (vermutlich bis zum Jahre 2010) hin zur künftigen Tätigkeitsgesellschaft.

Wassily Leontief -Träger des Wirtschaftsnobelpreises - prophezeite (1983), daß mit der Einführung immer leistungsfähiger Computer „der Mensch als wichtigster Produktionsfaktor verschwinden wird, genauso wie einst das Pferd durch die Einführung der Traktors aus der landwirtschaftlichen Produktion verschwunden ist“.¹⁴

Ein Szenario aus dem Jahre 1988 beschreibt die Tätigkeitsgesellschaft als visionäre Zukunft wie folgt:

„Die Tätigkeitsgesellschaft ist eine jahrhundertealte Vision der Philosophie vom menschlichen Glück. Ihre geistigen Ursprünge reichen von Sokrates und Aristoteles über die mittelalterlichen Philosophie bis hin zu Hannah Arendt und Ralf Darendorf. Nach der Vita-activa-Ethik der Tätigkeitsgesellschaft sind Arbeit und Freizeit zwar noch existent, stellen aber zusammen mit Kultur und Bildung gleichwertige Lebensqualitäten dar. Leitbild ist der frei tätige Mensch, der sich vom Verdikt des immer nur Nützlichen, des Lebensnotwendigen und des Arbeitszwanges befreit. Es ist der souveräne Mensch, der – aus freien Stücken – gleichermaßen für sich und die Gemeinschaft tätig ist. Er ist selbstbewußt und sozial aktiv.

In der Tätigkeitsgesellschaft ist der souveräne Mensch ein Lebenskünstler, der zu leben weiß und zu leben versteht. Der Lebenskünstler lebt in der Gegenwart, kennt weder Phlegma noch Trägheit: Mal arbeitet er im Schweiß seines Angesichts, mal schwingt er kreativ den Pinsel. Er entspannt sich zeitweilig und engagiert sich freiwillig für andere. Immer geht die Initiative

von ihm selbst aus, er wartet nicht auf den Anstoß von außen. Untätigkeit ist dem Lebenskünstler fremd. Selbst das Genießen wird zum Ausdruck innerer Aktivität.

Dem Lebenskünstler geht die Tätigkeit nie aus. Er lebt in Freiheit und Unabhängigkeit. Nicht Aktionismus und Geschäftigkeit bestimmen seinen Lebensstil. Der Lebenskünstler begreift Ziel und Zweck seiner Eigenaktivität als Ausdruck von Denken und Handeln. Er steht sich selbst nicht im Wege, sondern besinnt sich auf seine Fähigkeiten, gibt sich und seinem Leben Sinn durch produktives Tätigsein in Übereinstimmung mit sich und seiner sozialen Umwelt.

Das Problem: Der eigenaktive Lebenskünstler, der das *savoir vivre* der *vita activa* beherrscht, muß erst noch geboren werden. Der heutige Mensch – weitgehend an abhängige Beschäftigung und verordnete Arbeit und Pflicht gewöhnt – würde sich selbst im Wege stehen. Die Tätigkeitsgesellschaft setzt ein verändertes Werte- und Wirtschaftssystem und einen neuen Menschen voraus. Ein solcher Wandel würde – wenn er käme – Zeitabläufe mehrerer Generationen beanspruchen. Die freie Tätigkeit als Quelle der Sinn- und Identitätsfindung des Menschen ist ein visionäres Ziel und wird es auch in absehbarer Zukunft bleiben“.¹⁵

„Die Tätigkeitsgesellschaft ist eine besondere Ausprägung der Arbeitsgesellschaft – in der gleichen Form, wie die derzeitige Erwerbs(arbeits)gesellschaft eine besondere Ausprägung ist. Die Erwerbs(arbeits)gesellschaft hat zu einer Einengung der Bedeutung von Arbeit und damit letztlich zu wirtschaftlich, soziale und politisch nicht vertretbaren Fehlallokationen geführt, die hohe, kaum noch bezahlbare Sozialkosten nach sich ziehen. Das Konzept von der Tätigkeitsgesellschaft erweitert den Blick und insistiert darauf, daß in vielen Bereichen der Gesellschaft gearbeitet wird und daß viele dieser Tätigkeiten gesellschaftlich bedeutsam, aber im Rahmen der Erwerbsgesellschaft nicht bezahlbar sind. Arbeitslose können prinzipiell tätige, arbeitende Menschen sein, auch wenn sie erwerbslos sind“.¹⁶

Arbeit im Wandel

Teilzeitarbeit, Leiharbeit, befristete Arbeit, Telearbeit, Scheinselbständigkeit, Projektarbeit ... werden heute noch als atypisch betrachtet. Es findet eine schleichende Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ statt. Dieses war – in der Regel - gekennzeichnet durch:

- das Vorhandensein eines Arbeitsvertrages zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer über eine unbefristete Dauer,

- ein festes tägliches, wöchentliches oder jährliches Zeitmuster, allenfalls marginal variiert durch Gleitzeit-, Urlaubs- und sonstige Vereinbarungen,
- normales und regelmäßiges Einkommen, festgelegt durch Tarifverträge,
- die Sozialversicherungspflicht, zu deren Finanzierung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam und zu gleichen Teilen beitragen zum Schutz gegen die Risiken des Lebens,
- Abhängigkeitsverhältnis, indem der Arbeitgeber die Art der Arbeit, den Arbeitsort, den Arbeitsprozeß usw. bestimmte.

Viele dieses Merkmale werden durch die Arbeits- und Tätigkeitsformen der Zukunft – mit denen sich dieser Beitrag beschäftigt – in Frage gestellt. Damit verliert auch die kollektive Regulierung der Arbeit weitgehend ihre Grundlagen. Es wird eine Individualisierung und Entstandardisierung in Form neuer Selbständigkeiten geben, die wiederum eine Neufassung der Rahmenbedingungen voraussetzen. Die Fixierung auf das „Normalarbeitsverhältnis“, wie wir sie im Arbeitsrecht und der Tarifpolitik antreffen, ist aufzugeben.

Der Arbeitnehmerbegriff wird immer schwieriger faßbar, dies zeigt die in jüngster Zeit mit großer Intensität geführte Diskussion um die „Scheinselbständigkeit“. Das wesentliche Kriterium für die Unterscheidung zwischen einem Arbeitnehmer und einem Selbständigen ist in der herrschenden Rechtsprechung das Vorliegen einer „persönlichen Abhängigkeit“. Diese wird festgemacht an bestimmten Merkmalen wie die Bindung an Weisungen, die Eingliederung in den Betrieb, die Festlegung von Ort und Zeit der Arbeitsverrichtung. Im „Gesetz zur Korrektur in der Sozialversicherung zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte“, welches am 23. Dezember 1998 den Bundesrat „passierte“, ist unter anderem die Ergänzung des § 7 des 4. Sozialgesetzbuches enthalten, dem ein neuer Absatz 4 hinzugefügt wurde:

„Bei Personen, die erwerbsmäßig tätig sind und

- im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit mit Ausnahme von Familienangehörigen keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen,
- regelmäßig und im wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig sind,
- für Beschäftigte typische Arbeitsleistungen erbringen, insbesondere Weisungen des Auftraggebers unterliegen und in die Arbeitsorganisation des Auftraggebers eingegliedert sind, oder
- nicht aufgrund unternehmerischer Tätigkeit am Markt auftreten,

wird vermutet, daß sie gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind, wenn mindestens zwei der genannten Merkmale vorliegen“.

Das bedeutet, daß alle Erwerbstätigen, welche nicht im echten Sinne eigenständig unternehmerisch tätig sind, in den Geltungsbereich des Arbeits- und Sozialrechtes einbezogen werden müßten. Betrachtet man weitergehende Rechte wie das der Mitbestimmung und Mitwirkung der Betriebs- und Personalräte, so zeigt sich schnell die Notwendigkeit der begrifflichen Neubestimmung des Betriebes und Unternehmens, indem beispielsweise ein vernetzter Wertschöpfungsverbund, trotz der juristischen Selbständigkeit der daran beteiligten Institutionen, als „Betrieb“ bzw. als „Unternehmen“ zu behandeln, um Arbeitnehmerrechte einfordern zu können. Es entsteht eine neue Arbeitswelt, von denen nicht wenige befürchten, daß die Datenautobahnen in soziale Sackgassen münden.

Unternehmen im Wandel

Während des zweitägigen Kongresses anläßlich der 25. Internationalen Konferenz für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 1997 in Düsseldorf fanden vier Foren zum Thema „Zukunft der Arbeit“ statt, die zugleich der Vorbereitung des entsprechenden Themenparkes auf der EXPO 2000 dienten. Es war vor allem Prof. Dr. Thomas W. Malone vom Massachusetts Institute of Technology (MIT), der die Methamorphose der unternehmerischen Strukturen plastisch illustrierte. An dieser Darstellung knüpfen die nächsten Überlegungen an. „Vor allem vier große Entwicklungslinien sind es, die die etablierten Strukturen der industriegesellschaftlich geformten Arbeitswelt ins Wanken bringen:

- die forcierte Rationalisierung, die die Szenarien einer ‚Informationsgesellschaft ohne Arbeit‘ zum Thema gemacht hat;
- die beschleunigte Globalisierung, die bis dato ohne weltweit wirksame Regulierung geblieben ist;
- die räumliche und zeitliche Zersplitterung von Arbeit, die insbesondere die Bedeutung des Betriebs als Gravitationszentrum der Arbeitswelt zunehmend reduzieren dürfte und
- die erleichterte Flexibilisierung, die das herkömmliche Normalarbeitsverhältnis in eine Vielzahl neuer, zum Teil prekärer Arbeitsformen zerlegt.“¹⁷

Im Begriff des „virtuellen Unternehmens“ kommt diese Tendenz zum Ausdruck. Das Fraunhofer Institut erfaßt darunter Unternehmen, die nicht traditionell organisiert sind, sondern sich durch Produkte, Projekte und Dienstleistungen definieren. Teams aus

Spezialisten verschiedener Berufe und Unternehmen arbeiten vermittelt über elektronische Medien auf Zeit ergebnisorientiert zusammen.



Die „Arbeit“ im Gemeinsamen Wort

Mit dem „Gemeinsamen Wort“ haben die Kirchen und eine Reihe ihrer Sozialverbände als erste gesellschaftliche Großgruppen die Vorreiterrolle in der öffentlichen Diskussion um den Umbau der Gesellschaft übernommen. Eine Vision über die Zukunft der Arbeit ist das Modell der „Tätigkeitsgesellschaft“.

Im Abschnitt 4.4 des „Gemeinsamen Wortes“¹⁸sagen die Kirchen dazu:

(151) „Auch in Zukunft wird die Gesellschaft dadurch geprägt sein, daß die Erwerbsarbeit für die meisten Menschen den bei weitem wichtigsten Zugang zu eigener Lebensvorsorge und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schafft. In einer solchen Gesellschaft wird der Anspruch der Menschen auf Lebens-, Entfaltungs- und Beteiligungschancen zu einem Menschenrecht auf Arbeit. ...

(152) Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde. Der Mensch ist für ein *t ä t i g e s* Leben geschaffen und erfährt dessen Sinnhaftigkeit im Austausch mit seinen Mitmenschen. Menschliche Arbeit ist nicht notwendigerweise Erwerbsarbeit. Unter dem Einfluß der Industrialisierung hat sich das Leitbild von Arbeit allerdings auf Erwerbsarbeit verengt. Je mehr jedoch die mit dem technischen Fortschritt einhergehende Steigerung der Arbeitsproduktivität ein Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitsplätze ermöglicht, desto fragwürdiger wird die Verengung des Arbeitsbegriffs auf Erwerbsarbeit. Deshalb kann die Gesellschaft dadurch humaner und zukunftsfähiger werden, daß auch unabhängig von der Erwerbsarbeit die Chancen für einen gesicherten Lebensunterhalt, für soziale Kontakte und persönliche Entfaltung erhöht werden. Insbesondere muß das System der sozialen Sicherheit darauf eingestellt werden, daß der Anteil kontinuierlicher Erwerbsbiographien abnimmt und daß mit der Pluralisierung der Lebensstile immer mehr Menschen zwischen Phasen der ganztägigen Erwerbsarbeit, des Teilzeiterwerbs und der Haus- und Familienarbeit wechseln.

(153) Eine Soziale Marktwirtschaft ist heute nicht mehr durch „Normalarbeitsverhältnisse“ der Männer und eine nur indirekte materielle Versorgung und Absicherung der Frauen und Kinder zu verwirklichen. Jenseits konkreter Verteilungskonflikte zwischen den Geschlechtern

steht die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bevölkerung heute nicht mehr in Frage. Wesentlich für die Gleichstellung ist, daß in Zukunft die Frauen einen gerechten Anteil an der Erwerbsarbeit erhalten und die Männer einen gerechten Anteil an der Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit übernehmen. Dieses Ziel wird nur schrittweise zu erreichen sein. Um so notwendiger ist es, die Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit und den ehrenamtlichen Dienst gesellschaftlich aufzuwerten und Benachteiligungen, z.B. bei den sozialen Sicherungssystemen, im Maße des finanziell Machbaren abzubauen.

(154) Leistungsansprüche, Zeitdruck und kurzfristiges Effizienzdenken sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Das hat Folgen für die Arbeitsbedingungen in zahlreichen Tätigkeitsfeldern. Zugleich steigen die Ansprüche an das Privatleben als Gegenwelt und flexible Ergänzung der Erwerbsarbeit. Die Lebensqualität vieler Beschäftigter wird beeinträchtigt. Stärker werden die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten deren eingeschränkt, die in der schnellebigen Gesellschaft nicht mithalten können. Um so wichtiger erscheint angesichts dieser Entwicklung das Ziel, die Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt kinder- und familienfreundlicher zu gestalten. Neben einer Verbesserung der Einkommen von Familien geht es hier u.a. um eine Erhöhung der Zeitsouveränität der Beschäftigten und um die kindgerechte Gestaltung städtischer und ländlicher Lebensräume sowie um die Bereitstellung bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraums für Familien mit Kindern durch wohnungspolitische Maßnahmen.

(155) Wenn die Volkswirtschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr in der Lage ist, alle erwerbsbereiten Menschen zu beschäftigen, und gleichzeitig eine Auszehrung der unentgeltlichen und im Gemeinwohlinteresse unerläßlichen Tätigkeiten droht, so stellt sich der Politik einschließlich der Tarifpolitik die Aufgabe, hier entschieden gegenzusteuern. Sonst führt dies zu einer Vergeudung menschlicher Fähigkeiten und zu einem Verlust an Humanität in der Gesellschaft. Es geht einerseits um eine stärkere politische und soziale Anerkennung der Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit als einem unersetzlichen Beitrag für die Gesellschaft. Und es geht andererseits um eine Hilfe beim Tragen der Lasten, welche Menschen unter den gegenwärtigen Bedingungen mit der Übernahme familialer Verantwortung auf sich nehmen. Es gibt nicht nur eine Sozialpflichtigkeit des Eigentums, sondern auch eine Sozialpflicht des einzelnen.

(176) Bei der Lösung der Beschäftigungskrise kommt es schließlich darauf an, die „Dominanz der Erwerbsarbeit“ zu überwinden und die verschiedenen Formen von Arbeit

gesellschaftlich anzuerkennen und zu unterstützen. Arbeit wird nicht nur im Erwerbsbereich geleistet, sondern auch in der Familie und in sogenannten ehrenamtlichen Tätigkeiten. Gerade im Raum der Kirchen und im öffentlichen Leben spielen diese Arbeitsformen eine bedeutende Rolle. An dieser Stelle ist besonders auf die Zwischenformen zwischen der arbeitsvertraglich geregelten Erwerbsarbeit und Familienarbeit und ehrenamtlichen Tätigkeit hinzuweisen. Sie erhalten auf dem Hintergrund längerer Freizeiten, erschwerter Zugänge zum Arbeitsmarkt, besserer Bildung und Ausbildung und eines steigenden Bedarfs an gesellschaftlich notwendiger Arbeit eine immer größere Bedeutung.“

Nach christlichem Selbstverständnis ist Arbeit eine zentrale Grundbestimmung des menschlichen Lebens. Arbeit ist in christlicher Sicht an den Schöpfungsauftrag Gottes gebunden. Der Mensch ist Teil der Schöpfung und durch seine Tätigkeit wirkt er an dem Schöpfungsauftrag mit. Schöpfung ist das Tätigkeitsfeld des Menschen.

Jeder Mensch ist gewürdigt und verpflichtet, am göttlichen Schaffen, das unsere Welt erhält und hervorbringt, mit seinem Handeln und Wirken teilzunehmen. In diesem Sinne ist Arbeit tätige Bejahung des von Gott geschenkten menschlichen und kreatürlichen Daseins in der Welt. Damit ist die menschliche Arbeit zugleich auf ihre Grundlage verwiesen: Der Schöpfung entnehmen die Menschen jegliche Mittel und Ressourcen, mit denen, auch mit Blick auf zukünftige Generationen, verantwortlich umzugehen ist.

An diesem umfassenden Arbeitsbegriff, an dieser schöpfungsgemäßen und menschenwürdigen Ausrichtung der Arbeit muß sich auch die Arbeit in unserer Gesellschaft messen lassen.

Die Lebensbezüge der meisten Menschen wird durch die Arbeit bestimmt. Das individuelle und soziale Leben ist von den Bedingungen und Voraussetzungen abhängig, unter denen Arbeit in der Gesellschaft stattfindet. Im Zusammenhang mit der Industrialisierung entstand die außerhäusliche Lohnarbeit. Arbeit wurde zu einem aus der häuslichen Gemeinschaft herausgelösten „Produktionsfaktor“ und damit zu einer am Markt zu verhandelnden „Ware“. Aus der häuslichen Arbeitsgemeinschaft wurde die außerhäusliche Erwerbsarbeit gegen Entgelt, während die im Haushalt geleistete Arbeit ökonomisch nicht zählte. Eine fatale Fehlentwicklung, die noch durch die simple Betrachtung der Ökonomie verschärft wurde, daß nur in den Unternehmen „produziert“ (also wirtschaftlich meßbare Werte geschaffen) wurden, während die Haushalte in erster Linie oder ausschließlich „konsumierten“.

Arbeit ist in unserer Gesellschaft weitgehend als außerhäusliche Erwerbsarbeit organisiert und hat als solche eine Schlüsselfunktion und entfaltet so ihre strukturierende Kraft:

- indem für die überwiegende Zahl der Menschen in unserer Gesellschaft die Erwerbsarbeit das einzige Mittel der persönlichen Existenzsicherung bedeutet;
- indem sie Beteiligung am produktiven Wertzuwachs und gesellschaftliche Anerkennung vermittelt;
- indem der individuelle und gesellschaftliche Lebensrhythmus an Zeitstrukturen ausgerichtet ist, die durch die Organisation der Erwerbsarbeit vorgegeben sind;
- indem Familie und Partnerschaft an den funktionalen Vorgaben der Erwerbsarbeit orientiert und ihren Bedingungen gemäß ausgerichtet sind;
- indem Bildung und Ausbildung unter der Perspektive der „Verwertbarkeit“ im arbeitsteilig organisierten Produktionsprozeß konzipiert und praktiziert werden;
- indem die natürlichen Grundlagen des Lebens als „Ressourcen“ des Wirtschaftsprozesses instrumentalisiert werden.

Die ökonomischen und politischen Kräften sind nicht mehr in der Lage Vollbeschäftigung zu erreichen, deshalb fragen die Kirchen, ob die herkömmlichen volkswirtschaftlichen Theorien und Modelle die Ursachen und Wirkungszusammenhänge, die Arbeitslosigkeit hervorrufen, noch richtig erfassen und darstellen?

In den auslaufenden Industriegesellschaften wird die außerhäusliche Erwerbsarbeit mehr und mehr in Frage gestellt:

- Menschen erkennen, daß Arbeit mehr ist als Erwerbsarbeit, denn zum Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind Tätigkeiten notwendig, die sich den Bedingungen der Erwerbsarbeit entziehen;
- Menschen erkennen, daß die in der Wachstumslogik eingebundene Erwerbsarbeit die ökologischen Grundlagen des Lebens auf der Erde schädigt und sie deshalb einer Überprüfung bedarf;
- Menschen erkennen, daß die Form der Erwerbsarbeit durch neue Formen ergänzt werden muß und mit diesen Veränderungen keineswegs ein Verlust an Lebensqualität verbunden ist;
- Menschen erkennen, daß die praktizierte Form der Erwerbsarbeit zunehmend zu einer Entsolidarisierung in der Gesellschaft führt und die Spaltungen in der Gesellschaft dadurch verschärft werden;
- Menschen erkennen daß der von allen erwirtschaftete Reichtum in unserer Gesellschaft und weltweit extrem ungleich verteilt und eine Situation entsteht, in welcher die weit überwiegende Zahl der Menschen von der Teilhabe ausgeschlossen ist.;
- Menschen erkennen, daß in erster Linie die Wirtschaft für den Menschen da sein muß und nicht der Mensch für die Wirtschaft.

- Menschen erkennen, daß der Fehler des ursprünglichen Kapitalismus sich in weltweiter Dimension zu wiederholen droht, nämlich Menschen und sachliche Produktionsmittel gleichzustellen und sie als bloßes Instrument zu behandeln, anstatt sie gemäß der Würde der Arbeit als deren Subjekte und deren eigentliches Ziele zu sehen.

Paradigmenwechsel und Visionen

Wir werden eine Serie von Paradigmenwechsel in der Gesellschaft, der Wissenschaft (Insbesondere der Wirtschaftswissenschaft) und in den Unternehmen erleben, beispielsweise weg von der Orientierung am Kapital (Stichwort: „Shareholder Value“) hin zur Orientierung am Menschen (Stichwort: „Workholder Value“); ganz im Sinne der Enzyklika „Laborem exercens“: Vorrang der Arbeit vor dem Kapital!¹⁹

Aus diesem Grunde benötigen wir zunächst eine Revision der vorhandenen Rahmenbedingungen, der Aktiome, der stillschweigenden Voraussetzungen, um dann zur Re-Vision und zu den Visionen zu gelangen.

Hannah Arendt erkannte bereits 1958: "Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich versteht." Sie fügte hinzu: "Was könnte verhängnisvoller sein?" Ihre Begründung: "Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde".²⁰

Umgangssprachlich verstehen wir unter „Revision“ die Überprüfung, die Durchsicht, die Korrektur, die Änderung einer Ansicht. Eine in diesem Sinne verstandene Revision in bezug auf unsere Gesellschaft und ihrer globalen Einbindung ist gegenwärtig dringend notwendig.

Das Wort in der Überschrift wurde jedoch mit einem Bindestrich geschrieben und soll damit zum Ausdruck bringen, daß neue Visionen, Sichtweisen, Perspektiven dringend geboten sind, wenn die Verwerfungen und Umbrüchen, die wir in unserer Gesellschaft und weltweit beobachten, bewältigen wollen. Die Krise unserer Gesellschaft erfordert eine gründliche und alle Lebensbereiche umfassende geistige Besinnung und Vergewisserung - eine **Re-Vision**.

Aufbauend auf dieser Re-Vision gilt es sodann neue Visionen zu entwickeln. „Die Suche nach neuen Visionen aber verlangt, daß wir unseren Begriff von Politik überdenken. Politiker betrachten die deutsche Gesellschaft traditionell als ein polares Spektrum, das sich vom Markt auf der einen Seite zum Staat auf der anderen Seite erstreckt. Man sollte sich die deutsche

Gesellschaft aber vielmehr als einen dreibeinigen Hocker vorstellen, dessen Beine der marktwirtschaftliche Bereich, der staatliche Bereich und der sozial-gemeinnützige Bereich sind. Das erste Bein schafft wirtschaftliches Kapital, das zweite öffentliches Kapital und das dritte „soziales Kapital“; meint Jeremy Rifkin²¹ .

Von der Arbeit zur Tätigkeit

Die Begriffe Arbeit, Beschäftigung und Tätigkeit werden in der Diskussion um die Zukunft der Arbeit in der Regel synonym verwendet. Zu Beginn der 80er waren wir da schon einen Schritt weiter. Aufbauend auf dem Werk von Hannah Arendt „Vita activa oder Vom tätigen Leben“ unterschied der Soziologe Ralf Dahrendorf zwischen Arbeit und Tätigkeit.²²

Zur Unterscheidung von Arbeit und Tätigkeit greift Dahrendorf auf Aristoteles und Marx zurück. Aristoteles unterscheidet zwischen dem praktischen und dem theoretischen Leben (bios practicos und bios theoreticos bzw. vita activa und vita contemplativa). Der griechische Philosoph führte damit eine Unterscheidung zwischen den Lebensbereichen ein, die unbedingt zum Überleben des Menschen getan werden müssen, und dem Bereich des menschlichen Lebens, welcher sich dem Zustand der Muße, der Möglichkeiten der Kunst und der Philosophie und anderen Gestaltungsmöglichkeiten zuwendet. Diese Differenzierung diente auch Karl Marx als Grundlage der gesellschaftlichen Klassenbildung, da waren die Vielen, die dem praktischen Leben zu folgen hatten, und die Wenigen, denen das „theoretische Leben“ möglich war. Marx unterscheidet zwischen dem Reich der Notwendigkeit, in dem Not und äußere Zweckmäßigkeit das Handeln bestimmt, und dem Reich der Freiheit, in welchem das Handeln durch eigene Entscheidungen bestimmt wird, „der einzelne also der Bestimmungsgrund seines Tun ist“.²³ Im Anschluß daran entwickelt Dahrendorf seine Unterscheidung von Arbeit und Tätigkeit: „Arbeit beschreibt menschliches Tun im Reich der Notwendigkeit, Tätigkeit beschreibt menschliches Tun im Reich der Freiheit“.²⁴ Arbeit ist von fremden Gesetzen abhängig (heteronom), von Zwecksetzungen, die von außen kommen, von der Überlebensnotwendigkeit und auch menschlichen Gesetzen (Zwangsarbeit, Pflicht zur Arbeit etc.). Tätigkeit ist demgegenüber autonom, selbstbestimmt, d.h. der einzelne kann den Zweck der Tätigkeit selber setzen und die Methoden und Mittel bestimmen, mit deren Hilfe er diesen Zweck zu erreichen sucht.

Dahrendorf stellt das Postulat auf, alle Arbeit in Tätigkeit zu verwandeln. Dazu schreibt er an anderer Stelle: „Wer irgendeinem Lebensbereich die Unfreiheit als unvermeidlich zugesteht, kann sich, ja wird sich alsbald in einer Welt befinden, in der diese Unfreiheit alles beherrscht. Die Forderung der Freiheit ist immer absolut Das heißt, daß die Forderung die sein muß, alle Arbeit in Tätigkeit, alles heteronome Tun von Menschen in autonomes Tun zu verwandeln. Noch der letzte Rest von Arbeit steht unter dem Anspruch der Verwandlung in Tätigkeit“.²⁵

Legt man diese Unterscheidung und begriffliche Bestimmung zugrunde, wird deutlich, daß in jedem einzelnen Fall zu untersuchen ist, ob es sich in einzelnen Beschäftigungsfeldern des menschlichen Lebens um Arbeit oder Tätigkeit handelt. Selbstverständlich wird es Mischformen geben, die nicht ohne weiteres mit den Begriffen Arbeit oder Tätigkeit etikettiert werden können. In welchen Bereichen der jeweiligen Beschäftigung kommt die Zwecksetzung und Zweckbestimmung von außen? Wo ist die autonome Selbstbestimmung gefragt und ausschlaggebend? Wo beginnt das Reich der Freiheit und der Selbstbestimmung? Diese Fragen verdeutlichen bereits, daß weitere detaillierte Analysen notwendig sind, Die Auskunft über die entsprechenden Zuordnungen und „Bestimmungsebenen“ geben können. Es ist ein wissenschaftlicher und öffentlicher Dialog über Die „Tätigkeitsgesellschaft“ notwendig, den die Tätigkeitsgesellschaft stellt ein permanentes gesellschaftliches Zukunftsprojekt dar, Freiheit umfassend zu verstehen und in allen Bereichen des menschlichen Lebens durchzusetzen. Es gilt Arbeit hin zur Tätigkeit zu erweitern und zu verwandeln. Dieser Prozeß bedarf der politischen Rahmensetzung, der wirtschaftlichen Abstimmung und vor allem der gesellschaftlichen Zustimmung und Umsetzung.

Von der Geld- **und** Zeitökonomie

Wir sind es gewohnt Geld als Gegenwert für eine Ware oder Leistung zu zahlen bzw. zu erhalten. Wobei das, was Geld nun genau ist, in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur keinesfalls klar ist. Versucht man es von seinen Aufgaben und Funktionen her zu definieren, so kann man es bezeichnen als

- Tauschmittel
 - Recheneinheit, Maßstab und Vergleichsinstrument,
 - Wertaufbewahrungs- und Wertübetragungsmittel.
-

„Geht man von der Rechtslage bzw. Dokumentationsseite aus, dann ist Geld

- eine öffentliche Einrichtung zum Nutzen der Bürger,
- eine anonyme Leistungsbestätigung unter Annahmepflicht,
- ein weitergebbares Anspruchsdokument an das Sozialprodukt,
- einziges gesetzliches Zahlungsmittel. ...“²⁶

Warum nun sollten wir nicht neben der Geldwährung und dem Geld-System auch eine Zeitwährung und ein Zeit-System einführen. Es werden entsprechende Zeitkonten geführt und Güter bzw. Dienstleistungen entweder mit dem Geld- oder mit dem Zeitguthaben beglichen. Zeit nimmt die gleichen Funktionen wahr wie Geld:

- Zeit dient als Tauschmittel,
- Zeit dient als Recheneinheit
- und Zeit dient als Wertaufberahrungs- und Wertübertragungsmittel

Das Zeit-System hätte jedoch eine Reihe sehr wesentlicher Vorteile:

- es wäre gerechter, denn jedem Menschen steht pro Tag die gleiche Zeitmenge zur Verfügung;
- jeder Mensch verfügt über Zeit – insbesondere Arbeitslose – nicht aber über ausreichend Geld;
- Zeit ist wertstabil, sie verliert nicht und gewinnt nicht hinzu; Zeit ist nicht verzinsbar;
- viele Tätigkeiten ließen sich mit Zeit kompensieren, gerade wenn für sie kein Geld mobilisiert werden kann.

Der Slogan „Zeit ist Geld“ sollte auch in der Realität seine Entsprechung finden, indem zwei gleichwertige Systeme nebeneinander aufgebaut werden.

Zukunfts-Szenarium (Teil I):

Im Jahre 2020 werden vielleicht 1% aller Arbeitnehmer (bezogen auf das Erwerbskräftepotential) im primären Sektor (Landwirtschaft, Forsten, Bergbau, Fischerei), 15% im sekundären, gewerblichen, industriellen Sektor und 34% im Dienstleistungssektor tätig sein. Wenn die uns heute vertraute Erwerbsarbeit schmilzt wie der Schnee in der Sonne; wenn viele vertraute Positionen der Erwerbsarbeit „über-flüssig“ werden, also nur noch etwa die Hälfte der Erwerbspersonen über eine Arbeit in unserem heutigen Verständnis verfügen, dann wird sich auch die Erwerbsarbeit selbst vollständig verändert haben, denn die angebotenen Erwerbsarbeitsplätze benötigen nicht mehr den „Malocher“, sondern den

„Symbolanalytiker“. Bei dem stehen neben fachlichen Qualifikationen vor allem „Schlüsselqualifikationen“ wie Flexibilität und Kreativität, kombiniert mit der Fähigkeit schnell zu lernen und im Team arbeiten zu können, im Vordergrund.

Zukunfts-Szenarium (Teil II):

Arbeit ist mehr als nur außerhäusliche Erwerbsarbeit. Sie ist vielmehr jede gesellschaftlich bedeutsame Leistung, gleichgültig ob sie außerhalb oder innerhalb des Hauses (Erziehungs- und Pflegearbeit) geleistet wird, oder ob sie in sozialen und gemeinwohlorientierten Aktivitäten in der Nachbarschaft, Völkerverständigung, Frieden oder Umweltarbeit geschieht. Sie ist also mindestens zugleich: häusliche und außerhäusliche, wirtschaftliche und gemeinwohl-orientierte Tätigkeit.

Wenn die beschriebenen Prozesse immer mehr Menschen die Arbeitsgelegenheiten im außerhäuslichen Erwerbssektor wegnehmen und wenn die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit die drängende politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderung ist (GW, Nr. 49), wie es also mit einem strukturellen Problem der Erwerbs-Arbeitslosigkeit zu tun haben (GW, Nr. 50), dann verbleiben im Kern nur zwei Strategien:

Erste Strategie: Die *vorhandene Arbeit muß neu verteilt werden*, selbstverständlich mit Lohnverzicht. (GW, Nr. 172) Man könnte sich vorstellen, daß sich Mitmenschen in einem gesellschaftlichen Solidarpakt auf eine Begrenzung der wöchentlich bezahlten Arbeitszeit, auf beispielsweise 30 Stunden pro Person einigen, d.h. daß jeder nur einen Anspruch auf maximal 30 entlohnte Arbeitsstunden pro Woche hätte, mit entsprechenden Einkommenseinbuße, was jedoch wohl nur in den mittleren und oberen Lohngruppen zu verwirklichen wäre.

Für die Arbeitsplatzbesitzer bedeutete dies eine Einkommenseinbuße. Für Millionen von Menschen, die heute arbeitslos sind, hieße das, daß ihre Arbeitszeit von 0 auf 30 Stunden steigen würde.

Während der letzten 100 Jahren verringerte sich die durchschnittliche Arbeitszeit wie folgt:

Wochenarbeitszeit:	1881 - 72 Stunden
	1980 - 41,6 "
	1990 - 37,7 "
Lebensarbeitszeit	1928 Geborene (70jährige): 110.000 Std.
	1958 Geborene (40jährige): 59.350 "27

Konsequente Ausnutzung aller Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung, der Teilzeitarbeit, der Reduzierung von Überstunden (1,8 Mrd. Überstunden in deutschen Unternehmen 1998). Es ist aber auch notwendig, über einen neuen Verteilungsmodus des durch die Arbeit geschaffenen Mehrwertes nachzudenken. Es kann nicht angehen, daß der durch den Produktivitätszuwachs geschaffene Mehrwert (die Steigerung des Bruttosozialproduktes) nur denen zugute kommt, die in einer privilegierten Situation als Kapitaleigner oder Manager sind.

In der Studie der Universität Würzburg²⁸ heißt es pointiert: „Es können auch neue, bisher in Deutschland noch gar nicht oder nicht mehr existierende Berufe, insbesondere Serviceberufe, geschaffen werden. ... In den USA gibt es beispielsweise im Supermarkt den Verpacker, der die gekauften Lebensmittel in Tragetaschen verstaut und zum Wagen des Kunden trägt. Als weitere Beispiele für wieder neu zu schaffende Serviceberufe können Kofferträger und Schuhputzer angeführt werden“.

Zweite Strategie: Von der Erwerbs-Arbeitsgesellschaft zur „Tätigkeitsgesellschaft“: *Arbeit muß neu definiert* und darauf aufbauend neue Tätigkeitsfelder geschaffen werden. Deshalb regen die Kirchen im „Gemeinsamen Wort“ an: Arbeitsplätze in dem sehr sinnvollen Bereich der häuslichen Erwerbsarbeit (Erziehung und Pflege) und der außerhäuslichen gemeinwohlorientierten Tätigkeit zu schaffen, neue Formen der Arbeit anzuerkennen und gesellschaftlich zu finanzieren. (GW, Nr. 152) ²⁹

Die Wirtschaftswissenschaft hat mit der Darstellung des volkswirtschaftlichen Kreislaufes ein irreführendes Bild aufgebaut. Es besteht darin, daß in den Unternehmen produziert und in den Haushalten konsumiert werde. Die sich immer weiter entwickelnde "Neue Haushaltsökonomik" macht uns demgegenüber darauf aufmerksam, daß die privaten Haushalte zu den effizientesten Wirtschaftseinrichtungen zählen. Nach einer Untersuchung werden jährlich etwa 1.182 Mrd. DM an Gütern und Dienstleistungen im Haushalt erzeugt, die nicht im statistischen Sozialprodukt erscheinen und für die kein (versteuertes und sozialversicherungspflichtiges) Einkommen für die Leistungserbringer gezahlt werde.

Das Familienministerium hat in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt 1994 versucht ansatzweise zu ermitteln, welchen Wert die unbezahlte Arbeit für die Volkswirtschaft darstellt. Nach den Untersuchungen wendet jeder Bundesbürger pro Woche durchschnittlich 28 Stunden für unbezahlte Arbeit in Familie, Haushalt oder Ehrenamt auf. In den alten Bundesländern summierten sich diese 1991 auf 77 Mrd. Stunden auf, die damit die

bezahlten Arbeitsstunden von 47. Mrd. bei weitem übertrafen. Würde man nun diesem Arbeitsvolumen nur den Nettostundensatz einer bescheiden entlohnten Haushaltshilfe von 11.- Mark zugrunde legen, so ergäbe sich ein Gesamtwert von 850.- Mrd. DM. Dies entspricht in gleichen Zeitraum etwa einem Drittel des ausgewiesenen Bruttosozialprodukts und übersteigt die Summe der Nettolöhne und -gehälter von 780.- Mrd. DM deutlich.

Für die unbezahlte Arbeit in Haushalt, Familie und Ehrenamt werden nach anderen Berechnungen jährlich rund 95,5 Milliarden Stunden aufgewendet. Das ist ein Drittel mehr als die 60 Milliarden Stunden, die hierzulande in der Erwerbsarbeit zusammenkommen (1992). Das Statistische Bundesamt schätzt den Wert der ehrenamtlich erbrachten Arbeit auf knapp 80 Mrd. DM, einen Stundenlohn von 23.- DM in Westdeutschland zugrunde gelegt.³⁰ Dabei leisten Frauen mit im Durchschnitt 35 Stunden fast doppelt soviel unbezahlte Arbeit wie Männer. Die bringen es nämlich lediglich auf 19,5 unbezahlte Stunden pro Woche.

Konkret könnte dies bedeuten: Finanzierung von Familienarbeit und von gemeinwohl-orientierten Arbeitsplätzen. (GW, Nr. 152) Es werden in Zukunft immer weniger Menschen bereit sein, für Gotteslohn die familiären, sozialen und gemeinwohl-orientierten Dienste an Kindern, Alten und Pflegebedürftigen, an Friedens- und Entwicklungsdiensten, an Nachbarschaftshilfen zu übernehmen. Dazu gibt es interessante Vorschläge, z.B. Zahlung eines „Familiengehaltes“ oder eines „Erziehungsgeldes“ (EG) nach dem „Trierer Modell“, welches der Familienbund der Deutschen Katholiken im Bistum Trier vorgelegt hat.

Von daher sollten sie nicht nur als „Ersatzzeiten“ anerkannt, sondern als gesellschaftlich bedeutsame Leistungen auch entsprechend finanziert werden.

Auf diesem Wege könnten in einer mittelfristigen Perspektive Millionen neuer gemeinwohl-orientierter Arbeitsplätze geschaffen werden. Es gilt die Forderung: „Arbeit finanzieren, nicht Arbeitslosigkeit!“

Das Dekagramm der Tätigkeiten und Einkommen

Es wird in Zukunft mindestens zehn verschiedene Tätigkeitsfelder mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Einkommen geben. Nachfolgend sollen diese Tätigkeitsbereiche dargestellt, erläutert, die möglichen Einkommen benannt und für die sich daraus ergebene Notwendigkeit des „Tätigkeits-Managements“ geworben werden.

Verwirrend ist die Begrifflichkeit. Wenn von Selbsthilfe und bürgerschaftlichen Engagement, Familien-, Nachbarschafts- oder Gemeinwohltätigkeit die Rede ist, dann sind damit immer

Tätigkeiten gemeint, mit denen sich ein – im weitesten Sinne des Wortes – „Einkommen“ verbindet. Es geht hier nicht um die „ehrenamtliche“ Tätigkeit, diese kann in vielen dieser Tätigkeitsfelder geleistet werden. Es wird sich in vielen Fällen um eine Kombination von ehrenamtlich tätigen Menschen (also ohne eine Einkommen generierende Form) und Menschen handeln, die für ihr Tätigwerden eine materielle Kompensation erhalten. Dabei soll sich die Gewichtung verlagern, indem in den meisten der genannten Tätigkeitsfelder eine korrespondierende ökonomische Gegenleistung entsteht. Diese wirtschaftliche Gegenleistung muß nicht in einem ausgezahlten DM- oder Euro-Betrag bestehen, sondern kann auch in völlig neuen Formen der „Bezahlung“ ihren Ausdruck finden, wie beispielsweise „Bürgerpunkte“, „Bildungsgutscheine“, „weXel“, „civil credits“, „Steuerpunkte“ etc.; verbunden mit der Überlegung, inwieweit diese ökonomische Kompensation Eingang in das System der sozialen Sicherung findet.

Aus diesen Rahmen fällt auch die „Ehrenamtliche Tätigkeit“ nicht heraus. Hier handelt es sich nicht um Freizeit, Muße, Entspannung, Urlaub, das was man als „vita contemplativa“ bezeichnen könnte, ohne das damit eine ökonomische Dimension verbunden wäre, sondern um eine wichtiges freiwilliges soziales Engagement, welches eine Anerkennung etwa auf kommunaler Ebene oder in der Altersversorgung finden sollte. Das Dekagramm der Tätigkeiten und Einkünfte sieht etwa wie folgt aus:

Erwerbstätigkeit = Einkommen

Eigentätigkeit = Indirektes Einkommen

Familientätigkeit = Erziehungsgehalt

Nachbarschafts- und Selbsthilfetätigkeit = Batzen, Dö-Mark, Talente...

Gemeinwohl- und Bürgertätigkeit = Bürgerpunkte, Bürgergeld, Gutscheine ...

Bildungstätigkeit = Bildungsgutscheine und -bonus

Vermögensstätigkeit = Zinsen, Dividende , Renten ...

Kulturtätigkeit = Gage, Honorar,

Ehrenamtliche Tätigkeit = Steuerpunkte, Rentenpunkte, Gutscheine ...

Sozial-Jahr-Tätigkeit = Taschengeld

Alle Tätigkeiten in die Wertschöpfungskette integrieren

Die zentrale Forderung läßt sich auf die Formel reduzieren: Anerkennung der wirtschaftlichen Bedeutung nichtentlohnter (oder: nichtmonetisierter) Tätigkeiten.

Nichtmonetisierte Tätigkeiten, die auf impliziten Tauschwerten beruhen, sind all jene Tätigkeiten, die monetisiert werden könnten, bei denen dies jedoch aus verschiedenen Gründen (bisher) nicht der Fall ist. Orio Giarini und Patrick M Liedtke nennen dies in ihrem Bericht an den Club of Rome „monetarisierte, doch nicht monetisierte Tätigkeiten, denn sie haben einen (potentiellen) impliziten Wert, der in monetären Kategorien berechnet werden könnte. Es handelt sich meist um wohltätige oder freiwillige Arbeit, die in diese Kategorie fällt, sie ist jedoch keineswegs auf Wohltätigkeit beschränkt.

Viele jener produktiven Tätigkeiten außerhalb des Marktes gehören in diese Gruppe, wie etwa bei jenen Millionen von Großmüttern und Großvätern, die sich um die Entwicklung und Erziehung der kleinen Kinder kümmern. Sie werden im allgemeinen nicht für ihre Arbeit bezahlt, obwohl es einfach wäre, den gegenwärtigen Marktwert für jede Stunde Kinderbetreuung herauszufinden und ihn der von ihnen damit verbrachten Zeit zuzuschreiben. Ein weiteres Beispiel wären haushälterische Pflichten, die in der heutigen Welt immer noch vor allem von Frauen erledigt werden, doch in fast allen Fällen nicht entlohnt und monetär nicht bewertet sind, obwohl dies möglich wäre. ... Für Deutschland berechnete 1994 das Familienministerium in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, daß sich das Bruttoinlandsprodukt um ein Drittel erhöhen würde, wenn man die unbezahlte Arbeit in Familie, Haushalt und Ehrenamt mit nur dem Nettostundensatz einer Hauswirtschafterin bewerten würde.“³¹

Die Autoren des Berichtes an den Club of Rome sehen hingegen bei den nicht-monetarisierten Tätigkeiten ohne impliziten oder expliziten Bezug auf einen Tauschwert – gemeint sind alle Tätigkeiten der Eigenproduktion, z.B. selbst erledigte Reparaturen – keine Möglichkeit der ökonomischen Erfassung. Sie bilden einen lebenswichtigen Bestandteil unserer Wirtschaft, und doch bleiben sie monetär gesehen unquantifiziert.

Heute erleben wir - wie dieser Beitrag zu zeigen sucht – eine enorme Ausdehnung dieser nicht-monetarisierten Tätigkeiten, allerdings mit der umgekehrten Forderung, nämlich ihrer Erfassung und wirtschaftlichen Bewertung. Es gilt die wirtschaftliche Bedeutung der bisher nicht-monetarisierten Tätigkeiten zu begreifen und sie in die Ökonomie und vor allem auch in das System der sozialen Sicherung zu integrieren.

Eigentätigkeit – wie sie oben dargestellt wurde – kann sehr wohl in ihrem ökonomischen Wert erfaßt werden, wenn sie beispielsweise in einem entsprechenden Zentrum geleistet und

dort auch bewertet wird; oder wenn Menschen ihre in Eigentätigkeit erzeugten Sachwerte und Dienstleistungen in solchen Zentren taxieren und damit bewerten lassen.

Wir stehen vor einem Dilemma: „Entweder wir halten an der Vorstellung fest, daß nur das monetisierte Beschäftigungssystem lebensfähig ist, und meinen infolgedessen, wir würden vor einem unlösbaren Arbeitslosenproblem stehen, oder wir akzeptieren allmählich die Auffassung, daß heutzutage der Wohlstand auf eine integrierte und voneinander abhängige Weise im Rahmen der monetisierten und der nicht-monetisierten Systeme gemeinsam geschaffen wird. ...

Der Maßstab für die Messung des nationalen Wohlstandes, der in der Wirtschaftswissenschaft bis heute als akzeptabel gilt, erweist sich in zunehmenden Maße als ungeeignet. Tatsächlich werden alle monetären Kosten menschlicher und materieller Ressourcen gemessen. Dem liegt die Annahme zugrunde, daß diese Gesamtsumme an sich einen Nettowert bildet, der als solcher vollständig den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstand erfaßt.

Das United Nation Development Programm (UNDP) hat damit begonnen, einen Jahresbericht über die menschliche Entwicklung vorzulegen, der seit 1990 eine neue Möglichkeit der Messung menschlicher Entwicklung einführte. Durch die Verbindung der Indikatoren für Lebenserwartung, Bildungsniveau und Einkommen zu einem zusammengesetzten Index, werden bestimmte nicht-monetäre Tätigkeiten in die Berechnung der nationalen Wohlstände aufgenommen.³²

Es ist dringend geboten, die Frage der Messung des Wohlstandes der Gesellschaften neu zu bedenken, weil „sie als grundlegende Basis für ein diversifiziertes System der Fürsorge und der sozialen Sicherheit sorgfältig zu überdenken (ist), wie auch als Fundament für eine größere Stabilität in der Wirtschaft.“⁴¹

Das Leben in der Tätigkeitsgesellschaft ist eine Kunst, die Kunst nämlich, sein persönliches Leben so zu gestalten, daß die Ressourcen für ein „gutes Leben“ vorhanden sind, ohne notwendigerweise „viel zu haben“. Das Wort Kunst hängt ethymologisch mit dem Verb „können“ zusammen und findet seine Grundlegung nach Aussagen des Duden „...zunächst in enger Anlehnung an Wissen, Weisheit, Kenntnis“.

Das Lernziel Leben muß neu bestimmt werden. Wir benötigen einen veränderten Lernzielkatalog, der neben allgemeinen Kulturtechniken und fachlichen Kompetenzen, die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und der Gemeinschaftsfähigkeit zum Inhalt hat.

Bad Honnef, den 05. Februar 2001

Joachim Sikora

¹ Herzog, Roman, Aufbruch ins 21. Jahrhundert, Berliner Rede, in; Bissinger, Manfred, Stimmen gegen den Stillstand, campe paperback 1997, S. 21

¹ Herzog, Roman, a.a.O., S. 21 f.

¹ zitiert aus Rifkin, Jeremy, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Campus-Verlag, 2. Aufl. Frankfurt a. M., S. 19

¹ Opaschowski, Horst W., Wie leben wir nach dem Jahre 2000? Szenarien über die Zukunft und Freizeit, Hamburg 1988, S. 7

¹ Mutz, Gerd, Zukunft der Arbeit – Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft? Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 48-49/97, Nov. 1997, S. 34 f.

¹ Haaren, Kurt van, Die Entstehung einer neuen Arbeitswelt, In: Haaren, Kurt van, Hensche, Detlef (Hrsg.), Arbeit im Multimedia-Zeitalter – Die Trend der Informationsgesellschaft, VSA-Verlag, Hamburg 1997, S. 14

¹ Gemeinsame Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Bonn /Hannover 1997, S. 62 ff

¹ Enzyklika Laborem exercens von Papst Johannes Paul II. aus dem Jahre 1981, a.a.O., S. 557

¹ Arendt, Hannah, Vita activa oder Vom tätigen Leben. Piper-Verlag, München 10. Aufl. Febr. 1998, S.

¹ Rifkin, Jeremy, Die dritte Säule der neuen Gesellschaft, in ZEIT Nr. 19 vom 2. Mai 1997, S. 32

¹ Dahrendorf, Ralf, Arbeit und Tätigkeit – Wandlungen der Arbeitsgesellschaft, in: Afheldt, Heik; Rogge, Peter G. (Hg), Geht uns die Arbeit aus, Stuttgart 1983, S. 23 ff.

¹ Dahrendorf, Ralf, a.a.O., S. 25

¹ Dahrendorf, Raf, a.a.O., S. 26

¹ Dahrendorf, Ralf, Die Chancen der Krise, Stuttgart 1983, 2. Auflage, S. 91

¹ Creutz, Helmut, Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, Ullstein-Verlag, Berlin, 4. Aufl. 1997, S. 28

¹ (Wilpert, Bernhard, Vergeht den Deutschen die Arbeitslust? in: Hoffmann, Hilbert a.a.O. S 28)

Thome, Rainer, Arbeit ohne Zukunft?, a.a.O. S. 141

¹ Thome, Rainer, Arbeit ohne Zukunft?, a.a.O. S. 141

¹ (Vgl. Ludwig, Hans, Durch Stabilitätspakt zur Vollbeschäftigung, Ketteler-Verlag, 1990, S...)

¹ Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Teil III: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland - Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn 1997, S. 159 f.

¹ Giarini, Orio; Liedtke Patrick M., Wie wir arbeiten werden, a.a.O., S. 149 ff.

¹ Bericht über die menschliche Entwicklung 1998, Bonn 1998

¹ Giarini, Orio; Liedtke, Patrick M., a.a.O., S. 259

**COLLOQUE EUROPEEN
HERZOGENRATH
DU 7 AU 10 DECEMBRE 2000**

**ELEMENTS DE REFLEXION
POUR UNE THEOLOGIE DU
TRAVAIL**

Ignace Berten

Quelques éléments de réflexion pour une théologie du travail

Ignace Berten

Introduction

En vue d'une réflexion théologique sur le travail, je propose ici un bref parcours biblique : en quoi et comment une lecture de la Bible dans le contexte présent peut-il éclairer nos questions sur le sens du travail dans la société, et dès lors sur les choix politiques, économiques et sociaux souhaitables ?

Avant de m'engager dans cette proposition de lecture biblique, trois remarques préliminaires.

1. La *Charte des droits fondamentaux de l'Union européenne*, officiellement proclamée à Nice (décembre 2000), est très loin d'être parfaite du point de vue social et elle manque de force juridique (elle n'est pas actuellement intégrée dans les Traités). Cependant elle constituera certainement une référence, un point d'appui pour aller plus loin dans le sens d'une Europe faisant réellement place au social comme valeur et exigence (il a fallu de longs et difficiles débats pour que le chapitre social puisse y être intégré). Par ailleurs, elle fait explicitement place aux dimensions de sens dans la construction européenne. Elle est en effet introduite par ces mots : « Les peuples de l'Europe, en établissant entre eux une union sans cesse plus étroite, ont décidé de partager un avenir pacifique fondé sur des valeurs communes. Consciente de son patrimoine spirituel et moral, l'Union se fonde sur les valeurs indivisibles et universelles de dignité humaine, de liberté, d'égalité et de solidarité ; elle repose sur le principe de la démocratie et le principe de l'État de droit. Elle place la personne au cœur de son action en instituant la citoyenneté de l'Union et en créant un espace de liberté et de justice. » (Préambule). Remarque : il y a eu sérieux problème autour de l'expression « patrimoine spirituel et moral ». L'avant-dernière version de la Charte parlait de « l'héritage culturel, humaniste et religieux ». Le gouvernement français, au nom de la « République laïque » a exigé la suppression du mot religieux... De ce fait, la Charte inclut un formule plus neutre, bien que l'édition allemande du texte (et elle seule) utilise l'expression « ihres geistlich-religiösen und sittlichen Erbes ». À mon avis, il ne faut pas trop amplifier la critique légitime de l'étroitesse et de la rigidité de la position française, mais plutôt valoriser le fait que l'Europe doit maintenir vive la conscience de son patrimoine spirituel et moral, et que nous avons, comme chrétiens, une responsabilité spécifique de mémoire vivante pour la conscience commune d'aujourd'hui.

2. Dans ce contexte, la lecture de la Bible prend toute sa place. La Bible fait partie intégrante du patrimoine spirituel, moral et culturel de l'Europe : ce patrimoine-là, c'est à nous de le faire vivre au bénéfice de la société entière. La Bible ne nous fournira pas de réponse immédiate à nos questions et préoccupations contemporaines. C'est trop souvent l'erreur du Magistère de l'Église que de vouloir chercher dans la Bible des arguments autoritaires et définitifs pour soutenir ses positions éthiques. Il s'agit de faire une lecture contextuelle de la Bible, en étant conscient de la distance qu'il y a entre notre situation et celles dont la Bible est le reflet, entre nos questions et celles qui animaient les auteurs bibliques. Mais les textes bibliques sont porteurs d'une expérience d'humanité, d'une expérience de vie en société, d'une expérience spirituelle : cette expérience et l'expression qui en est donnée peuvent éclairer et inspirer notre présent. La Bible ne parle pas de l'emploi au sens où nous l'entendons. Elle parle bien de l'activité humaine, de sa signification éthique et spirituelle, du champ de relations humaines et sociales dans lequel elle prend place ; elle parle aussi, dans un contexte différent du nôtre, des relations sociales et économiques qui se nouent autour du travail. Et c'est cela, qui lu dans le présent, peut enrichir le débat sur le sens du travail ou de l'emploi dans notre propre contexte.

3. Troisième remarque préliminaire : une question de vocabulaire. On parle du travail, de l'avenir du travail dans la société, ou du manque de travail. Le problème aujourd'hui n'est pas principalement celui du travail, mais bien celui de l'emploi, c'est-à-dire le travail rémunéré. Par ailleurs, le vocabulaire économique officiel (celui qui, entre autres, est utilisé dans les statistiques européennes, parle de 'taux d'activité' ou de 'population active', et encore de 'population active occupée'. La population active est celle qui actuellement a un emploi ou officiellement demande un emploi (les chômeurs demandeurs d'emploi), et la population active occupée est celle qui de fait a un emploi. Au sens des statistiques, la mère de famille qui n'a pas d'emploi professionnel n'est ni active ni occupée ! Le langage n'est pas neutre... J'utilise un vocabulaire anthropologique différent. L'activité est la notion la plus large : elle recouvre tout l'agir humain, toute forme de travail, mais aussi aller au cinéma et se promener ou faire du sport, faire l'amour, lire, méditer ou prier... Le travail est cette forme d'activité qui conduit à une production sociale : fabrication matérielle, service, activité culturelle, et donc faire le ménage et éduquer les enfants, soigner des parents âgés, cultiver un potager, travailler comme bénévole dans une association, militer dans un parti politique... L'emploi, enfin, est cette forme de travail liée à une reconnaissance économique, que ce soit sous la modalité salariale (signification première du mot emploi : être employé par quelqu'un) ou comme indépendant, ou sous toute autre forme de contrat. Les distinctions entre ces

différentes espèces d'activités ne sont pas toujours tout à fait tranchées, par exemple entre certaines formes de loisirs et le travail, ou entre certaines formes de travail et l'emploi (qu'en est-il du travail au noir, par exemple ?).

Ces préliminaires nécessaires étant posés, approchons le texte biblique. Je le fais à partir de quelques grandes thématiques.

La création

Lorsqu'on parle du travail, la première image qui vient à l'esprit est celle de la création. Il y a longtemps que, pour réfléchir au sens du travail, on s'est arrêté à cette grande symbolique de la création. Déjà au Moyen Âge, saint Thomas disait que l'être humain est image de Dieu précisément en ce qu'il est créateur, et il est créateur en particulier par les œuvres dont il est capable par son travail, même si au Moyen Âge le mot travail n'avait pas exactement le même sens que pour nous aujourd'hui. En tout cas, l'intuition médiévale allait dans le sens de la valorisation de cette capacité humaine à créer, à transformer le monde par le travail.

Le premier récit

La tradition protestante a surtout mis en valeur la profession comme vocation, le travail professionnel comme réponse à un appel de Dieu, et cela précisément dans son caractère productif de richesse et efficace. La théologie catholique plus récente, je pense surtout à la *Théologie du travail* du Père Chenu, a fortement insisté sur le fait que le travail, entre autres le travail productif par la technique, est la manière dont l'être humain répond à l'appel de Dieu à poursuivre la création. Cette théologie s'est appuyée sur le premier récit de la création. Le premier chapitre de la Genèse présente l'origine des choses à partir de Dieu dans le déroulement des six jours. Dieu fait le monde et tous les êtres qui l'habitent, Dieu fait l'être humain, et puis le septième jour il se repose. La création apparaît comme une fabrication faisant suite à une mise en ordre : au commencement était le chaos (Gn 1,2), et par une série d'actes de séparation, entre la lumière et les ténèbres (1,4), entre les eaux d'en-haut et les eaux d'en-bas (1,7), entre les mers et la terre (1,8), Dieu crée un ordre qui permet la vie, il fait un monde où l'être humain puisse vivre. Et cet être humain, Dieu le fait à son image : « *Dieu dit : "Faisons l'homme à notre image, selon notre ressemblance." [...] Dieu créa l'homme à son image, à l'image de Dieu il le créa ; mâle et femelle il le créa.* » (1,26 et 27). C'est le Dieu créateur qui fait l'homme à son image, qui en fait donc un créateur, et il le fait en lui confiant une mission, une mission de maîtrise ou de domination sur la nature : « *Qu'il soumette les poissons de la mer, les oiseaux du ciel... [...] Remplissez la terre et dominez-la. Soumettez les poissons de la mer...* » (1,26 et 28).

Puis Dieu se retire : le septième jour, il entre dans son sabbat, dans son repos. Et le texte précise : « *Dieu acheva au septième jour l'œuvre qu'il avait faite, il arrêta au septième jour toute l'œuvre qu'il faisait* » (2,2). Dieu se retire en ayant achevé son œuvre, mais l'œuvre elle-même n'est pas achevée, la création n'est pas achevée : Dieu en confie en confie la suite aux mains de l'humanité. Le retrait de Dieu est à la fois espace de liberté et mission, appel à responsabilité, celle-ci étant exprimée par le précepte de soumettre et de dominer la terre, la nature. La tradition juive a fortement mis en valeur ce thème du retrait de Dieu comme condition de la liberté et de la responsabilité de l'humanité.

Ces deux mots 'soumettre' et 'dominer' sont répétés à plusieurs reprises dans le texte biblique et ont été abondamment utilisés dans la théologie du travail ³³. Et la théologie plus récente a en particulier appliqué cette perspective à l'activité techno-scientifique.

Lorsque aujourd'hui nous relisons cette interprétation du livre de la Genèse, nous sommes frappés par sa richesse qui valorise la dignité du travail et du travailleur, mais aussi par son caractère un peu réducteur. Cette lecture a souvent été l'expression d'une survalorisation du pouvoir humain et de la technique dans un rapport purement instrumental à la nature : comme si la nature était un pur objet, dont il serait possible de disposer de façon arbitraire et sans mesure, pour en faire n'importe quoi au service de tous les projets humains. Il y avait sans doute quelque chose d'un peu prométhéen dans cette compréhension des choses. Un exemple significatif de cette brutalité du projet technique est une phrase, ancienne déjà, du physicien et chimiste Robert Boyle qui écrivait en 1676 : « La science est là pour faire rendre gorge à notre mère la nature dans le secret de son alcôve. Et s'il le faut nous irons jusqu'à la violer ³⁴. »

Le second récit

Aujourd'hui, les questions posées par l'écologie et la réflexion sur l'environnement, nous invitent à être plus modestes dans notre expression du rapport de l'être humain à la nature : nous commençons collectivement à devenir conscients des limites de la rationalité et des limites de l'entreprise techno-scientifique, des limites de nos ressources et de la fragilité de notre terre. Une reprise de notre lecture du texte biblique de la création est ici féconde. Le livre de la Genèse comporte, en effet, deux récits successifs de la création. Le second récit dit aussi que Dieu confie à l'être humain une tâche : « *Le jour où le Seigneur fit la terre et le ciel, [...] il n'y avait pas d'homme pour cultiver le sol* » (2,5). Or cet être humain, Dieu le modèle

³³ Ces mots interviennent ainsi plus de vingt fois dans l'encyclique *Laborem exercens* de Jean-Paul II (1981).

³⁴ Cité par Robert Dury, sans référence, dans un texte inédit...

avec de la poussière prise du sol, en lui insufflant ensuite l'haleine de vie (2,7). Dieu le façonne donc avec de la terre, corps fragile et solidaire de la nature ; et il lui confie une tâche de culture du jardin, image toute différente de celle de la maîtrise ou de la domination. La signification du travail est marquée par cette co-appartenance de l'homme et de la nature matérielle, et par les limites de l'humain lié à la terre et appelé à cultiver ce monde, donc à le soigner sans brutalité ³⁵.

De ce point de vue de la limite, le thème du repos de Dieu, qui est symboliquement le fondement de la tradition du sabbat en Israël, septième jour du repos, nous dit aussi quelque chose d'important sur le travail. Si le travail est valorisé, s'il est lieu de dignité, il n'est pas le tout de notre existence. Il y a aussi ce temps de l'arrêt, ce temps du repos. Et ce temps, temps du sabbat, est aussi temps pour Dieu, c'est-à-dire temps d'ouverture à ce qui transcende le quotidien de l'activité humaine. À une époque où on survalorise la carrière et où on sacrifie santé et famille au travail, de façon plus ou moins libre ou imposée, il y a urgence à rappeler que le sens de la vie ne peut se réduire au travail !

Les deux récits sont fort différents et datent d'époques différentes. Il est important de les lire en articulation l'un avec l'autre. Valoriser le second récit, plus "écologique", ne peut se faire en oubliant le premier. Il y a à maîtriser la nature, à y créer de l'ordre, mais sans brutalité, avec conscience des limites...

Le récit de la chute

Le récit de la création comporte un troisième aspect, aspect sur lequel on s'arrête peu. Le récit s'achève, en effet, par l'histoire d'une chute. La façon dont la tradition théologique a interprété cette chute originelle, dite péché originel, présuppose une sorte d'état de perfection de l'humanité à l'origine, perfection perdue pour tous par la faute du premier couple. Cette représentation confrontée à ce que nous pouvons savoir des origines de l'humanité, est privée de toute pertinence. Par ailleurs, elle suggère une image d'un Dieu sans miséricorde, condamnant toute l'histoire humaine pour la faute d'un seul, image insupportable. La conséquence de ce conflit de représentations est que bien souvent on élimine purement et simplement de l'horizon de pensée cette tradition de la chute originelle. Or, celle-ci est porteuse d'une signification symbolique importante.

Le texte dit que nous héritons de relations viciées, en particulier la relation entre l'homme et la femme. S'adressant à Ève, Dieu lui dit : « *Ton désir te poussera vers ton homme et lui te*

³⁵ Dans *Centesimus annus* (1991), dix ans après *Laborem exercens*, ce vocabulaire de domination disparaît à peu près complètement, et la référence à la question de l'environnement est explicitement introduite.

dominera » (3,16). Le travail et les relations de travail sont aussi marqués par cette dimension de la réalité : « *Le sol sera maudit à cause de toi. C'est dans la peine que tu t'en nourriras tous les jours de ta vie* » (3,17). Ce n'est pas un hasard si un des récits constitutifs de l'histoire d'Israël, récit instituant, est celui de l'Exode, c'est-à-dire le récit d'une libération qui est précisément une libération des conditions de travail imposées à une population asservie : le peuple était contraint par l'esclavage à construire les pyramides pour Pharaon. Et ce n'est certainement pas un hasard non plus si, dans le récit de Babel, tous sont soumis à un unique projet totalitaire, une sorte d'esclavage pour construire la tour (à l'image de la construction des pyramides en Égypte) : en ce sens, la dispersion n'est pas d'abord un châtement, mais une libération de l'esclavage du travail.

Nous naissons dans un monde qui n'est pas neutre. Une société humaine concrète nous précède et nous reçoit. Nous en héritons ; cette société a une longue histoire et est structurée. Et dans sa structuration et ses institutions, la société est cause de bien (respect de la vie, sens de la justice, pratiques de solidarité, valorisation du beau...), mais aussi de mal (relations de domination ou de mépris, discriminations, valorisation de la force ou de l'argent...). Ces déterminations nous traversent, elles habitent en nous ; et pour le meilleur et pour le pire, nous en sommes les acteurs. Pour une part au moins, la signification de la chute désigne cet héritage, ce renvoi à une origine qui nous précède et nous détermine plus ou moins, en remontant au-delà de toute mémoire.

La théologie contemporaine parle de structures de péché, structures qui ne sont pas seulement économiques et sociales, mais aussi culturelles et psychologiques. Qu'on pense à des situations anciennes comme l'esclavage (relation de travail précisément) : on naissait maître ou esclave sans choisir, sans avoir de prise sur cette institution qui était profondément injuste. Aujourd'hui, on parle beaucoup du 'système', ce système économique et politique qui structure notre monde : il n'est pas un effet de la nature ; il est la résultante d'une histoire et d'institutions humaines. Ce système n'a été pensé par personne ; il s'est mis en place progressivement par l'activité humaine. À l'intérieur de ce système, nous ne sommes pas entièrement libres : dans notre rapport au Tiers-Monde, nous ne pouvons pas éviter de profiter des conditions injustes et parfois inhumaines imposées aux travailleurs qui produisent les biens que nous consommons à bon compte. Il nous est dans une certaine mesure possible d'agir sur ce rapport, mais pas de nous situer en dehors de lui.

La théologie a aussi été profondément marquée par cette perception du travail comme châtement, la peine du travail étant liée directement à la faute... Cette vision très négative, dans certains courants, doit être dépassée par la valorisation du caractère positif du travail

comme participation à la création ; mais cette valorisation ne peut elle-même occulter le double aspect négatif qui pèse sur le travail : d'une part lieu d'exploitation, qui en appelle à une libération, et d'autre part, lieu d'effort, de peine, de contrainte en raison de la résistance de la matière, des limites du corps, des rigueurs de toute organisation, peine qui doit être au maximum allégée, mais sans idéalisation : le travail ne sera jamais pur plaisir...

Ce que nous dit aujourd'hui le récit complexe de la création, c'est que le travail est un lieu de dignité humaine et qu'il demande à être reconnu comme tel : il est appelé à participer à l'achèvement de la création. L'homme cependant n'est pas tout-puissant : son pouvoir a des limites ; le travail aussi a ses limites. De plus, en raison de l'institution économique et sociale dans laquelle il prend place, le travail demande toujours à être libéré.

Au sujet de cette ambivalence du travail, je relève encore un élément. Dans l'espace francophone, on a souvent fait remarquer que le mot 'travail' vient d'un mot latin 'tripalium' qui désigne une instrument de torture (en ce sens, le travail serait seulement une peine dont il faudrait se libérer...). Mais le 'tripalium' est aussi un tabouret qui était utilisé pour l'accouchement. Et on dit encore aujourd'hui : une femme en travail, ou une salle de travail dans le contexte de l'accouchement (dans le français ancien d'autres mots comme 'œuvre' ou 'besogne' ont aussi à la fois une signification en rapport avec le travail et avec la sexualité et l'engendrement, et on dit encore que quelqu'un est né des œuvres d'un tel...) ³⁶. Est-ce un hasard si le texte de la Genèse parle à la fois de la souffrance de l'engendrement et de la peine du travail (ce rapport n'est cependant pas lié en hébreu à la double connotation du vocabulaire) : peine et fécondité tout en même temps ?

La tradition de la création nous rappelle enfin, et c'est fondamental, que tous les êtres humains ont une unique origine, qu'ils sont donc fondamentalement égaux en dignité : l'organisation du travail et les systèmes d'emploi doivent tendre à faire droit à cette fondamentale égalité.

L'Alliance

Une deuxième grand thème éclairant au sujet du travail est celui de l'Alliance. Israël a pensé son rapport à Dieu en utilisant comme image cette institution caractéristique des relations internationales de l'époque au Moyen-Orient. L'alliance est un contrat politique bilatéral et inégal entre un suzerain et un vassal, contrat par lequel le suzerain s'engage à défendre le peuple soumis contre toute attaque extérieure, le vassal s'engageant de son côté à la fidélité politique et à la prestation de l'impôt. Contrat bilatéral donc entre le peuple et son Dieu : Dieu

³⁶ Y a-t-il un rapport analogue dans les langues germaniques ?

promet fidélité et miséricorde, le peuple de son côté promet fidélité et obéissance aux commandements. Or, dans la théologie de l'alliance, le rapport du peuple à Dieu prend la forme d'un double contrat (à la différence des contrats politiques) : d'une part, il y a le contrat du peuple avec Dieu lui-même, mais en même temps, il y a un contrat interne au peuple en tant que tel. On est souvent moins attentif à cette dimension-là. Les commandements, dans leurs diverses formulations bibliques plus ou moins développées (les dix commandements en sont l'expression la plus condensée) comportent essentiellement trois sortes de préceptes. Les premiers déterminent les rapports du peuple avec Dieu : il s'agit de bannir toute forme d'idolâtrie, c'est-à-dire d'alliance avec l'ennemi. Il y a ensuite des commandements qui assurent l'institution de la famille qui est la base de la société. Enfin, et ce sont ceux qui sont le plus développés, il y a les commandements qui régissent les rapports sociaux.

La protection du faible

Si on le lit d'un peu plus près, l'intention de cet ensemble de commandements à dimension sociale apparaît clairement : il s'agit d'assurer l'intégrité de la communauté du peuple et la participation de tous. Pour cela, il faut protéger le plus faible, celui qui risque d'être victime, d'être mis à la marge ou exclu du fonctionnement de la société. La veuve, l'orphelin, le salarié, l'étranger : ces situations fragiles demandent protection juridique. Relevons rapidement quelques textes caractéristiques. « *Tu n'exploiteras ni n'opprimeras l'émigré, car vous avez été des émigrés au pays d'Égypte. Vous ne maltraiterez aucune veuve ni aucun orphelin. [...] Si tu prêtes de l'argent à mon peuple, au malheureux qui est avec toi, tu n'agiras pas avec lui comme un usurier ; vous ne lui imposerez pas d'intérêt* » (Ex 22,20-21 et 24). « *Tu n'exploiteras pas un salarié malheureux et pauvre, que ce soit l'un de tes frères ou l'un des émigrés que tu as dans ton pays, dans tes villes. Le jour même tu lui donnera son salaire* » (Dt 23,14-15). Et une sorte de sécurité sociale est légalement organisée : « *Quand vous moissonnerez vos terres, tu ne moissonneras pas ton champ jusqu'au bord ; et tu ne ramasseras pas la glanure de ta moisson ; tu ne grappilleras pas non plus ta vigne et tu n'y ramasseras pas les fruits tombés ; tu les abandonneras au pauvre et à l'émigré* » (Lv 19,0-10).

L'institution du sabbat est aussi significative. Selon la loi biblique, ce temps de repos s'impose ou plutôt s'offre à tous : non seulement le maître et le croyant, mais aussi le serviteur, l'esclave, l'émigré et jusqu'à l'animal lui-même. Il y a des inégalités, il y a des liens de servitude ; mais des limites claires sont imposées à ce rapport. Et il importe de signifier symboliquement au moins cette fondamentale égalité devant Dieu. Il est significatif que cet acte symbolique ait précisément rapport au travail : c'est bien dans le travail que se marque de

façon privilégiée le rapport d'inégalité. De plus, une double justification est donnée au sabbat : dans l'Exode, c'est parce que Dieu s'est reposé le septième jour, rappel de ce que le travail ne peut constituer le tout de la vie (Ex 20,8-10) ; dans le Deutéronome, le sabbat est le jour où on fait mémoire de la libération de l'esclavage du travail en Égypte (Dt 5,12-15).

Le réajustement social

Typiquement, dans la ligne de cette alliance, il y a l'institution étonnante de l'année sabbatique et de l'année du Jubilé. Cette double institution constitue un mécanisme juridique de remise régulière des comptes zéro, une façon de maîtriser les processus d'inégalité croissante qui brisent la cohésion de la société. Lors de l'année sabbatique (Dt 15), – tous les sept ans, – ceux qui ont des dettes voient leurs dettes remises et ceux qui avaient dû se mettre en état de servitude, c'est-à-dire mettre leur travail au service d'un autre à cause de leur endettement, retrouvent la liberté. Tous les cinquante ans, lors de l'année du Jubilé (Lv 25), ces deux mécanismes de rééquilibrage social sont complétés par un troisième, plus radical encore : la famille qui, suite à des circonstances malheureuses, – maladie, accident de la nature, mauvaise saison, ou autre chose, – a été obligée de vendre une partie de ses terres, en retrouve la propriété de façon à ce qu'il y ait répartition égale entre tous, pour toujours. Les conséquences de la privation de terre dans une société rurale, – et donc la signification de cette législation, – sont bien évoquées par un théologien africain contemporain, Innocent Gbetegan : « Manquer de terre, c'est être esclave, condamné à œuvrer chez le voisin. C'est dépendre du bon vouloir de celui dont on utilise le domaine, car la terre détermine le pouvoir et la dignité d'une personne, d'une famille, d'un groupe. Priver quelqu'un de terre, c'est l'empêcher de vivre, le réduire à une dépendance complète par rapport à d'autres ³⁷. » Cette législation de l'année sabbatique et du Jubilé repose sur une intuition majeure : lorsqu'on laisse aller les choses naturellement, ce qui se met en place n'est pas un système d'égalité et d'intégration sociale, mais au contraire une dynamique d'inégalité croissante : les terres, les richesses et le pouvoir ont tendance à se concentrer de façon croissante et cumulative dans les mains de quelques uns. Ce n'est donc que par volonté et par contrat social, qu'il est possible de tendre à une certaine égalité. Cette législation n'a peut-être jamais été complètement appliquée, mais elle est intéressante par l'intention dont elle est porteuse. Cette intention est particulièrement actuelle : dans un monde où le discours libéral radical dit : « laissons aller les choses selon leur propre cours, tout se remettra bien en place et tout s'équilibrera tout seul pour le plus grand bien de tous », il est bon de rappeler la mémoire

historique portée par la dure expérience des processus spontanés d'inégalisation et d'exclusion qui s'inscrivent dans les dynamiques sociales, processus qui, en ce sens, sont pour ainsi dire naturels. Les processus sociaux et économiques spontanés ne vont pas vers l'intégration harmonieuse de tous, mais vers la marginalisation et l'exclusion des plus faibles : ces processus doivent donc être maîtrisés politiquement. Dans une société rurale, c'est essentiellement la terre qui donne accès à la participation sociale et à la dignité. Il en est encore ainsi dans de nombreux pays du Tiers-Monde. Dans nos sociétés occidentales modernes, c'est avant tout l'emploi qui donne cet accès à la participation sociale. La force inspiratrice de ce thème de l'Alliance, c'est la mise en avant du peuple comme communauté et l'idée du lien social. Or, le lien social est particulièrement menacé à l'heure actuelle. Cela renvoie donc à la question : quelle gestion et quelle institutions politique et économique, en particulier dans le domaine du travail et de l'emploi, afin d'assurer la participation et la dignité de tous ?

Jésus : Royaume et choix des pauvres

Troisième figure, référence essentielle de notre foi : Jésus. Jésus se présente comme envoyé pour les pauvres et les pécheurs. Ce choix de Jésus, au nom de Dieu, se situe directement dans la dynamique de l'Alliance. Ce n'est pas un hasard si, selon Luc, Jésus commence sa prédication en faisant explicitement allusion, par le biais d'Isaïe, à l'année jubilaire (année de grâce). Pour Luc, le sens de cette prédication et par là, de façon plus générale, le sens de la pratique de Jésus consiste dans la mise en œuvre immédiate du Jubilé : il ne s'agit plus d'un moment dans le cours des années, qu'il faut attendre : il est de la responsabilité de chacun de faire le Jubilé, l'année de grâce, maintenant.

Jésus s'adresse en priorité à ceux qui sont mis à l'écart, méprisés et marginalisés, ceux qui sont fragilisés dans la société, et qui de ce fait n'ont pas pleinement accès à la participation religieuse et sociale. Ses actes et ses paroles leur redonnent place parmi les autres, au cœur même de la communauté. Typiquement cela s'exprime au chapitre 3 de Marc, dans le récit très symbolique de la guérison d'un homme à la main paralysée un jour de sabbat à la synagogue. Cela se passe le jour du sabbat, jour où on signifie l'égalité de tous devant Dieu, et à la synagogue, lieu où la communauté se rassemble dans cette égalité. Cet homme, en raison de son handicap, est maintenu à l'écart, considéré plus ou moins comme coupable. Jésus l'appelle et lui dit : « *Viens au milieu* », (Mc 3,3) c'est-à-dire : viens parmi nous, là où il n'y n'avait pas de place pour toi. De l'histoire de cet homme on ne sait rien. Ce qu'on voit à

³⁷ Innocent G. GBETEGAN, « Afrique, un continent qui a mal à sa terre », *Foi et développement*,

travers le texte, c'est que par son accueil, par sa foi, par la confiance qu'il lui fait, Jésus le libère ; il lui dit : « *Étends la main* » (3,5), et sa main est libérée, il retrouve sa place dans la communauté et en présence de Dieu. Sa main paralysée qui l'empêchait de contribuer à la vie de la communauté se trouve libérée pour la participation et le service, pour le travail. De nombreux autres textes pourraient être lus dans le même sens : la guérison des lépreux ou celle du démoniaque, la libération de la femme adultère, la parabole du père miséricordieux, etc. Ce qui est chaque fois en jeu, c'est la restauration des relations, relations sociales, entre autres dans leur modalité religieuse, et relation avec Dieu, et par là la participation à une communauté de vie, de salut.

Au temps de Jésus, le jugement moral et religieux, fondé sur l'idéologie de la pureté, était une force de mépris, de marginalisation et d'exclusion de la vie sociale : c'est ce système que Jésus a mis en cause. Aujourd'hui, le système de l'emploi, tel qu'il fonctionne, est à la fois système d'intégration et d'exclusion : celui qui n'a pas accès à l'emploi, est mis en marge, humilié, progressivement exclu de la vie sociale et politique, privé de dignité. Cette logique demande à être mise en cause.

Croix et résurrection

Lorsque Jésus guérit la main d'un homme le jour du sabbat, il suscite immédiatement une forte opposition. Nous touchons là à une autre dimension fondamentale de l'image de Jésus : le sens de la croix et de la résurrection.

Jésus a appelé à une conversion, c'est-à-dire un changement de regard sur les personnes et les choses et un changement de comportement, par le rappel de valeurs fondamentales portées par la tradition de l'Alliance : « *N'allez pas croire que je sois venu abroger la Loi ou les Prophètes : je ne suis pas venu abroger, mais accomplir* » (Mt 5,17). Il s'agissait de mettre en œuvre l'Alliance pratiquement et de faire en sorte que le peuple puisse être vraiment peuple de Dieu. Ce faisant, Jésus a mis en cause nombre de privilèges et de pouvoirs. Il a heurté de front le système en place, d'où le conflit qui l'a éliminé et l'a condamné à mort. Face à l'opposition impitoyable, Jésus a continué son chemin de foi, faisant confiance à Dieu. Apparemment, le pouvoir l'emporte et triomphe lorsque Jésus meurt sur la croix. Son projet semble être en échec : visiblement, l'Empire et le Temple règnent. Et pourtant, en lecture historique et à distance dans le temps, il y a bien longtemps que Temple et Empire ont disparu, alors que l'Évangile, lui, vit toujours. De ce point de vue, même au niveau d'une lecture humaine, face à l'Empire et au Temple, Jésus avait raison.

Cette dynamique de sens dans la contradiction, de fécondité historique au-delà de l'échec ou du manque apparent d'efficacité, dynamique qui est au cœur même de la foi chrétienne, n'est cependant pas exclusivement chrétienne ; il s'agit en effet d'une dimension profondément humaine, d'une sorte de force structurante de l'histoire humaine. Socrate avait raison face à ceux qui l'on contraint à s'empoisonner : on a retenu son nom, alors que celui de ses persécuteurs n'est plus présent dans notre mémoire, et son questionnement est resté un ressort de la pensée philosophique occidentale jusque aujourd'hui. Gandhi, Martin Luther King, Romero et tant d'autres, avaient aussi raison. Ce qui est vrai de personnalités prophétiques, l'est aussi de mouvements historiques prophétiques. Ainsi dans l'histoire récente, au XIX^e s., les premiers ouvriers qui se sont coalisés pour créer des mutuelles et des caisses de résistance, pour organiser les premières grèves, n'avaient apparemment aucune chance contre la puissance brutale du capitalisme industriel naissant. Certains y ont laissé leur vie. Mais c'est eux qui ont eu raison : ils ont changé le cours de l'histoire de nos sociétés, c'est à eux que nous devons notre modèle social d'aujourd'hui. De même, les premières militantes féministes, les suffragettes, ont attiré sur elles la moquerie, mais le mouvement féminin est devenu un mouvement mondial. Et de même encore, les premiers militants écolos ont été considérés comme de doux rêveurs. La question de l'environnement est aussi devenue, par eux, une question mondiale...

Face à la puissance du système économique, face à la complexité des mécanismes en cours, la tentation chez beaucoup aujourd'hui est de se laisser aller au sentiment d'impuissance. Si nous n'avons pas de prise sur le système, il faut bien se résigner, s'accommoder de l'ordre établi. Beaucoup sont menacés aujourd'hui par la désespérance, et cette tentation nous menace tous à un moment ou l'autre. C'est vrai dans le domaine de l'emploi, comme si la destruction du travail était un processus inexorable... Sans doute, le rythme de tous les grands changements est-il lent, à moins de bouleversements révolutionnaires et violents ; ils sont lents et souvent leur temps dépasse notre propre temps, car le temps de notre histoire est court. Il est important de garder aujourd'hui cette mémoire de la fécondité des personnalités et des mouvements prophétiques, anticipateurs de possibilités nouvelles. Elle peut animer le risque et l'audace : oser croire qu'il est possible d'entreprendre et entreprendre autrement en pariant sur la dignité et la solidarité ; oser commencer à signifier une manière autre de faire, dans l'espérance des changements possibles.

Nous sommes porteurs d'une espérance, pas seulement pour nous-mêmes, mais aussi pour l'humanité et son avenir. Et comme croyants, la résurrection du Christ nous signifie que Dieu accompagne cette histoire, qu'il est et reste du côté de Jésus, et donc du côté des pauvres et

des pécheurs, de tous les exclus et de toutes les victimes de nos sociétés et institutions. Il habite notre espérance : pour lui et par lui, notre histoire est une histoire de vie.

Conclusion

Une lecture ouverte de la Bible, lecture contextuelle, qui est à la fois culturelle et spirituelle, ouvre un champ de sens sur les questions contemporaines du travail et de l'emploi dans la société.

1. L'activité humaine, et en particulier celle qui est de l'ordre du travail, est une dimension constitutive de l'être humain créé créateur à l'image de Dieu, dimension constitutive de la dignité humaine. Le travail n'est cependant pas le tout de la vie et le projet de maîtrise du monde n'est pas sans limites : à l'image de Dieu, l'être humain est aussi appelé à limiter sa puissance pour permettre au monde d'exister.
2. En même temps, le travail, les relations de travail, – relations actuellement structurées autour de l'emploi, – sont traversées et portées par le mal humain historique, les rapports de domination et d'exploitation. Les conditions de travail en appellent constamment à une libération : allègement de la pénibilité du travail, mais aussi et surtout libération de l'exploitation et de l'humiliation.
3. Un des soucis majeurs de la Loi dans la Bible, souci auquel Jésus répond de façon concrète et immédiate, est la participation de tous dans la dignité à la vie de la communauté. Cela demande la mise en place de processus politiques et sociaux de régulation, de protection des faibles, de rééquilibrage et de redistribution des ressources.
4. Dans l'économie moderne développée, l'instrument principal de la participation n'est plus la propriété de la terre, mais l'accès à l'emploi. Celui-ci, certes, demande à être repensé, ses modalités doivent être plus ou moins profondément transformées en raison de l'innovation technologique et de la mondialisation. Mais il reste le facteur majeur d'intégration sociale pour la majorité de la population : il doit donc constituer une priorité du contrat social sur lequel doit se construire notre société.
5. Du point de vue évangélique et théologique, l'exclu, le non-participant est le signe de l'absence ou de l'éloignement du Royaume : il doit dès lors être tout à la fois le critère de jugement sur la situation et le bénéficiaire prioritaire de la pratique non seulement interpersonnelle, mais aussi sociale et politique. La charité ne suffit pas : l'intégration suppose participation dans la dignité.

6. La reconnaissance du droit de tous à la participation suppose une mise en cause du système dans ses fonctionnements excluants, une mise en cause du primat de l'argent et du profit, des jeux de pouvoir, une mise en cause des privilèges. Et donc l'acceptation du conflit qu'une telle mise en cause soulève.
7. Une véritable dynamique du changement est fondée sur la fécondité à long terme, qui anticipe et prépare d'autres rapports sociaux conformes à l'espérance du Royaume. Cet engagement annonciateur et anticipateur, qui assume le risque, n'est pas un idéalisme libéré de tout souci d'efficacité et de stratégie, mais il accepte qu'il n'y a pas de totale maîtrise sur les processus sociaux et historiques. La volonté de maîtrise totale conduit nécessairement à la destruction de la nature et au totalitarisme supprimant toutes les libertés. Le projet de société est de l'ordre de l'espérance active.

Ignace Berten

**COLLOQUE EUROPEEN
HERZOGENRATH
DU 7 AU 10 DECEMBRE 2000**

**ENGAGEMENT DANS LA
SOCIETE CIVILE
MOTIVATIONS ET
CONVICTIONS DES PERSONNES
ENGAGEES**

Dr. Barbara Moeschner

Engagement in der Zivilgesellschaft

Motive und Überzeugungen engagierter Personen

Ergebnisse psychologischer Forschung

Barbara Moschner

Von den Vereinten Nationen wurde das Jahr 2001 zum "Internationalen Jahr der Freiwilligen" erklärt. Schon im Vorfeld hat der Bundestag eine Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" gegründet, die im Februar 2000 ihre Arbeit aufgenommen hat. Aufgabe der Enquete-Kommission ist eine Bestandsaufnahme des ehrenamtlichen Engagements und die Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung dieses Engagements.

Die Ergebnisse einer 1998 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Auftrag gegebenen "Erhebung zum Ehrenamt" zeigen, dass etwa ein Drittel der Bundesbürger ehrenamtlich engagiert sind (v. Rosenblatt, 2000). Ehrenamtlich Engagierte haben Aufgaben oder Arbeiten übernommen, die freiwillig ausgeübt werden, für die sie nicht bezahlt werden, oder für die sie nur eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten. Die Engagierten haben die Absicht, anderen Personen oder Personengruppen zu nützen, eigennützige Ziele stehen dabei meist nicht im Vordergrund.

An der Spitze der Engagementbereiche stehen freizeitorientierte Bereiche (Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik). Als nächster Bereich folgt der Bereich Schule/Kindergarten. Dieses Engagement kann allerdings nicht mit politisch-sozialem Engagement gleichgesetzt werden. Es ist häufig ganz unpolitisch und Teil der Gemeinschaftsaktivitäten im persönlichen Lebensumfeld. Der größte Teil der Engagierten (21 Prozent der Bundesbürger) übt nur eine ehrenamtliche Tätigkeit aus, ein kleinerer Teil (13 Prozent der Bundesbürger) sind Mehrfach-Engagierte, d.h. sie sind in zwei oder mehr Bereichen ehrenamtlich tätig. Diese Mehrfach-Engagierten sind häufig in Bereichen tätig, die dem politisch-sozialen Engagement zuzurechnen sind. Sie arbeiten also beispielsweise in Parteien, Gewerkschaften, caritativen Einrichtungen, kirchlichen Gremien oder in Umweltschutzorganisationen mit.

Das ehrenamtliche Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens. Parteien, Organisationen, Institutionen, Verbände, Initiativen und Interessengruppen sind in hohem Maße angewiesen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die weder Zeit noch Mühe scheuen, um die Arbeit dieser Gruppen zu unterstützen.

Was motiviert Menschen, oftmals viele Stunden in der Woche unentgeltlich zum Wohle anderer tätig zu werden? Welche persönlichen Überzeugungen stehen hinter diesem Einsatz? In welcher Lebenssituation befinden sich die engagierten Personen? Haben sie mehr Zeit als andere, oder sind sie beruflich weniger belastet? Versuchen engagierte Personen Unzufriedenheiten in anderen Bereichen durch ihr Engagement zu kompensieren?

Um diese Fragen zu beantworten, möchte ich ihnen die Ergebnisse einer eigenen Studie vorstellen. Befragt wurden 323 Personen im Alter von 17 bis 81 Jahren. Gezielt angesprochen wurden ehrenamtlich engagierte Personen aus dem politischen und dem sozialen Bereich. Sie wurden mit Personen verglichen, die sich nicht ehrenamtlich engagieren. Von den 323 Befragten gaben 111 Personen an, in mehreren Bereichen gleichzeitig ehrenamtlich engagiert zu sein, 117 Personen engagierten sich ausschließlich in einem Bereich und 95 Personen gaben an, nicht ehrenamtlich engagiert zu sein.

1. Engagementmotive

Was motiviert ehrenamtlich tätige Personen zu ihrem Engagement? Warum haben sie damit begonnen, warum bleiben sie dabei?

Die engagierten Personen wurden gebeten, an die Zeit ihres Engagements zurückzudenken und auf einer Skala anzugeben, welche Gründe für sie wichtig waren, um mit diesem Engagement zu beginnen. Es zeigten sich folgende Ergebnisse:

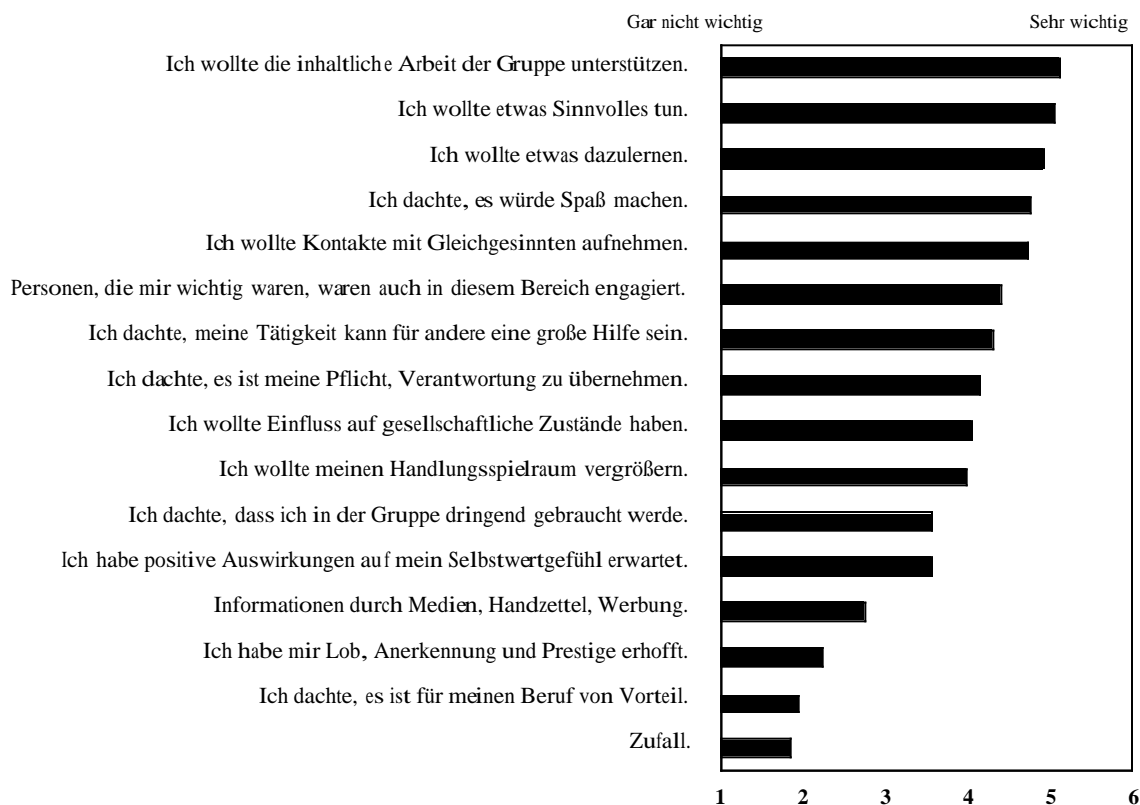


Abbildung 1: Auslösende Faktoren für das ehrenamtliche Engagement

In einem zweiten Schritt sollten die Befragten angeben, welche Gründe für sie momentan wichtig sind, ihr Engagement aufrechtzuerhalten. Die angegebenen Gründe entsprechen weitgehend den ursprünglichen Engagementmotiven.

Die Abbildungen 1 und 2 zeigen, dass als wichtigstes Engagementmotiv die Unterstützung der inhaltlichen Arbeit der Gruppen im Vordergrund stand. Das heisst, ehrenamtlich engagierte Personen wählten nicht einen beliebigen Bereich für ihr Engagement aus, sondern sie mussten inhaltlich von der Arbeit der Gruppe, die sie unterstützten, überzeugt sein. Ganz oben unter den Engagementmotiven rangierte der Wunsch und die Überzeugung, etwas Sinnvolles zu tun. Das Engagement vermittelte Sinnerfahrungen, die als wichtige auslösende und aufrechterhaltende Bedingungen angesehen werden können. Als weiterhin bedeutsame Motive werden Lernerfahrungen, der Spaß an der Tätigkeit, die Kontakte mit Gleichgesinnten und die Verpflichtung zur Verantwortung genannt. Anerkennung, Lob und Prestige oder berufliche Vorteile sind dagegen als Motive für ehrenamtliches Engagement nicht bedeutsam.



Abbildung 2: Aufrechterhaltende Bedingungen für das ehrenamtliche Engagement

2. Überzeugungen engagierter Personen

Welche Charakteristiken verbinden Personen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich für die Belange anderer Menschen einsetzen, und wie unterscheiden sich ehrenamtlich tätige Personen von anderen Personen, die sich nicht ehrenamtlich engagieren? Gefragt wurde nach persönlichen Überzeugungen und Einstellungen, nach Zufriedenheit, nach Sinnerfahrungen und nach lebenssituationsspezifischen Rahmenbedingungen.

These 1:

Ehrenamtlich engagierte Personen fühlen sich moralisch verpflichtet, Verantwortung zu übernehmen.

Ehrenamtliches Engagement geht mit der Übernahme von Verantwortung für andere einher. Engagierte Personen übernehmen Verantwortung für unbekannte Dritte, für Menschen in Not,

für Menschen in schwierigen Lebenssituationen und für Menschen, die sich selbst nicht helfen können. Den Befragten der Studie wurde deshalb ein Skala vorgelegt, die die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme in verschiedenen Lebensbereichen erfasst.

Die ehrenamtlich engagierten Personen äußerten die Überzeugung, dass Politik nicht den Behörden und den Berufspolitikern überlassen werden darf. Sie fühlten sich zur Übernahme von Verantwortung persönlich verpflichtet und hatten aus diesem Grund auch Aufgaben in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Gremien (wie zum Beispiel in Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Schulen, Sportvereinen oder Musikgruppen) übernommen. Wenn sie von einer Sache inhaltlich überzeugt waren, fühlten sie sich verantwortlich dafür, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Aufgaben zu übernehmen. Personen, die sich nicht engagierten, spürten diese moralische Verpflichtung zur Verantwortungsübernahme nicht, sie überließen solche Aktivitäten lieber anderen Personen.

These 2:

Einschätzungen von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit sind zentrale Dimensionen zur Vorhersage von ehrenamtlichem Engagement.

Gerechtigkeitsvorstellungen wurden im Rahmen der psychologischen Altruismus- und Engagementforschung als bedeutsam zur Vorhersage von prosozialem Handeln identifiziert. Besonders wenn Personen mit den Notlagen fremder Menschen oder Personengruppen konfrontiert werden, können moralische Gerechtigkeitsnormen helfendes Verhalten motivieren. Den Befragten der Studie wurden deshalb verschiedene Fragebögen vorgelegt, die Gerechtigkeitsüberzeugungen thematisierten.

Ehrenamtlich engagierte Personen räumten Gerechtigkeitsüberlegungen eine starke Zentralität ein. Sie gaben an, dass sie die Beobachtung von Ungerechtigkeiten nicht gleichgültig hinnehmen können und wollen. Sie reagierten auf die Beobachtungen von Ungerechtigkeit häufig mit Besorgnis, Entrüstung und Zorn. Personen, die sich nicht ehrenamtlich engagierten, reagierten auf Ungerechtigkeiten gleichgültiger. Sie waren weniger entrüstet, zornig oder besorgt.

Engagierte Personen gingen davon aus, dass Menschen sich oft ungerechterweise in schwierigen Lebenssituationen befinden und dass viele Menschen unverdient und schuldlos in Not geraten. Personen, die sich nicht ehrenamtlich engagierten tendierten eher zu der Ansicht, dass es in der Welt im Großen und Ganzen gerecht zugeht und dass jeder das bekommt, was er verdient. Sie gingen davon aus, dass die meisten Menschen, die in Notsituationen geraten, nicht ganz schuldlos an ihrem Schicksal sind und durch eigenes Zutun oder eigene Versäumnisse selbst etwas zu ihren Schwierigkeiten beigetragen haben.

Personen, die sich nicht ehrenamtlich engagierten, maßen ihren eigenen Wünschen und Bedürfnissen eine starke Berechtigung zu. Es war ihnen sehr wichtig, die eigenen Wünsche und Bedürfnisse nicht aus den Augen zu verlieren und sie dachten, dass ihre eigenen Wünsche nicht hinter den Wünschen und Bedürfnissen anderer Menschen zurückstehen sollten. Prinzipiell stimmten auch engagierte Personen solchen Aussagen zu, allerdings räumten sie diesen eigenen Wünschen und Bedürfnissen eine vergleichsweise niedrigere Priorität ein.

These 3:

Eine zentrale Voraussetzung von Engagement ist die Wahrnehmung eigener Handlungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten. Die Einschätzung, vieles im Leben hänge von anderen Menschen oder vom Zufall ab, begünstigt eher Passivität als Engagement.

Ehrenamtliches öffentliches Engagement setzt die Wahrnehmung eigener Einflussmöglichkeiten und eigener Handlungsspielräume voraus. Diese Wahrnehmung ist eine notwendige Voraussetzung, um aktiv an der Gestaltung und Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse mitzuwirken. Befunde der sozialpsychologischen Forschung können diesen Behauptung bestätigen: Erwartungen einer Person darüber, ob und inwieweit sie Ereignisse in ihrem Leben selbst beeinflussen kann, wurden als wichtig zur Vorhersage von Hilfeleistungen und von Engagement identifiziert.

Den Befragten der Studie wurde deshalb eine Skala vorgelegt, mit deren Hilfe die subjektive Erwartung von Kontrollierbarkeit von Ereignissen durch eigene Handlungen eingeschätzt

werden sollte. Die Ergebnisse bestätigen die oben formulierte These. Personen, die nicht ehrenamtlich engagiert waren, hatten stärker als engagierte Personen den Eindruck, dass vieles, was in ihrem Leben passiert von anderen Personen, vom Schicksal oder vom Zufall abhängt. Dieses Gefühl der Abhängigkeit von äußeren Einflüssen und von mächtigen anderen Personen führt zu einem Gefühl der Hilflosigkeit in vielen Handlungskontexten. Die wahrgenommene Hilflosigkeit drückt sich beispielsweise in Einschätzungen aus wie "da kann man/ich doch gar nichts tun", oder "darum müssen sich die Politiker kümmern".

These 4:

Ehrenamtlich engagierte Personen sind in allen Lebensbereichen zufriedener als Personen, die nicht ehrenamtlich engagiert sind.

Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass unser Verhalten nicht unabhängig von unserer Befindlichkeit ist. Es stellt sich also die Frage, ob es Zusammenhänge zwischen dem individuellen Befinden und ehrenamtlichem Engagement gibt. Wenn es solche Zusammenhänge gibt, wie sehen die aus?

In zahlreichen Studien konnte ein fördernder Einfluss positiver Stimmungen auf Spendenbereitschaft und auf Hilfeleistungen nachgewiesen werden. Andere Autoren äußern dagegen die Vermutung, ehrenamtlich engagierte Personen nutzen ihr Engagement als eine Form von Eigentherapie, um Unzufriedenheiten in anderen Lebensbereichen zu kompensieren. Von diesen Autoren wird behauptet, dass ehrenamtliche Engagement stelle eine Kompensationsmöglichkeit für eine unbefriedigende Arbeits- oder Lebenssituation dar. Lassen sich solche Behauptungen untermauern? Sind Ehrenamtliche zufriedener oder unzufriedener mit ihrer beruflichen Situation und mit ihrem Leben im Allgemeinen? Um diese Frage zu klären, sollten die befragten Personen der Studie einen Fragebogen zur Einschätzung ihrer Zufriedenheit ausfüllen.

Die ermittelten Ergebnisse widersprechen der Kompensationshypothese. Ehrenamtlich engagierte Personen waren insgesamt zufriedener mit ihrem Leben als Personen, die sich nicht ehrenamtlich engagierten. Sie brachten stärker als nicht engagierte Personen Zufriedenheit, Zuversicht und Selbstvertrauen im Hinblick auf die eigene Kompetenz, das

Leben zu meistern, zum Ausdruck. Sie fühlten sich - alles in allem - wohl, zufrieden und glücklich.

Auch im beruflichen Bereich gaben die ehrenamtlich engagierten Personen im Mittel an, zufriedener zu sein als Personen, die sich nicht ehrenamtlich engagierten. Ihre alltäglichen Aufgaben und Beschäftigungen bereiteten ihnen Freude. Mit ihren persönlichen Beziehungen am Arbeitsplatz und im privaten Bereich waren die ehrenamtlich engagierten Personen deutlich zufriedener als Personen, die sich nicht ehrenamtlich engagierten.

Weitere die Ergebnisse, die von Rosenblatt (2000) berichtet werden, sprechen ebenfalls gegen die Kompensationsthese. Personen, die sich mehrfach engagierten hatten einen großen Freundes- und Bekanntenkreis, sie hatten häufig eine starke Kirchenbindung und sie waren eher erwerbstätig als arbeitslos. Die befragten Mehrfach-Engagierten hatten eine höhere Schulbildung, eine höhere berufliche Position und arbeiteten eher im öffentlichen Dienst oder in gemeinnützigen Einrichtungen und Institutionen. Deutsche und auch internationale Studien zeigen immer wieder, dass ehrenamtliche Tätigkeit nach wie vor eine Domäne der gut ausgebildeten Erwerbstätigen ist, die in "gesicherten" Familienverhältnissen leben (Erlinghagen, 2000).

Die Daten sprechen also nicht dafür, dass große Unzufriedenheiten im beruflichen oder im privaten Bereich mit einem vermehrten ehrenamtlichen Engagement einhergehen, sondern das Gegenteil ist der Fall: ehrenamtlich engagierte Personen sind mit ihrem Leben deutlich zufriedener als Personen, die sich nicht ehrenamtlich engagieren. Nach einer Längsschnittstudie von Krampen (1988), der ehrenamtlich engagierte Rentner befragte, stieg die Zufriedenheit von Ehrenamtlichen im Verlauf des Engagements weiter an, während bei nicht engagierten Rentnern die Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf eher abnahm.

Im Bereich des Ehrenamts sind ähnliche Qualifikationen gefragt, die auch Erfolge und Zufriedenheit im beruflichen und im privaten Bereich fördern. Belastbarkeit, Sozialkompetenz und Fachkompetenz sind notwendige Qualifikationen für ehrenamtlich tätige Personen. Die Ehrenamtlichen verbessert durch ihre Tätigkeit ihre Kompetenzen in diesen Bereichen (Erlinghagen, 2000). Arbeitslose oder gering qualifizierte Personen hingegen bringen die notwendigen Kompetenzen häufig nicht mit, und nehmen deshalb auch

keine ehrenamtlichen Tätigkeiten auf. Arbeitsmarktkrisen können also durch eine verstärkte ehrenamtliche Tätigkeit der Arbeitslosen nicht bewältigt werden.

These 5

Ehrenamtlich engagierte Personen sehen mehr Sinn in ihrem Leben als nicht engagierte Personen.

Verschiedene Autoren vertreten die Ansicht, dass in der modernen Industriegesellschaft Möglichkeiten zur Sinnfindung und zur Selbstverwirklichung immer mehr in den Hintergrund treten. Besonders durch die stetig anwachsende (Computer-) Technologie führe zu einem Mangel an persönlichen Kontakten und auch zu einem Mangel an Sinnerfahrungen. Auch in der Freizeit können Nichtstun, Unbeschäftigtsein und Beliebigkeit Langeweile zur Folge haben und zu Erfahrungen von Leere und Einsamkeit führen. Ehrenamtliche Tätigkeiten können dagegen Isolationserfahrungen entgegenwirken und als sinnstiftend erlebt werden. Die starke Befürwortung der oben genannten Engagementmotive "Ich möchte etwas Sinnvolles tun" und "Ich möchte Kontakte zu Gleichgesinnten pflegen" sprechen für die Plausibilität dieser Überlegungen. Um Unterschiede zwischen ehrenamtlich engagierten Personen und Personen, die sich nicht ehrenamtlich engagieren zu erkunden, wurde die Variable Lebenssinn deshalb in der Studie mit Hilfe eines Fragebogens ("Purpose in Life Test") erhoben.

Ehrenamtlich engagierte Personen gaben erwartungsgemäß in höherem Ausmaß als nicht engagierte Personen an, klare Ziele in ihrem Leben zu verfolgen, ihr Leben als sehr sinnvoll anzusehen und in ihren täglichen Aufgaben eine Quelle des Vergnügens und der Zufriedenheit zu sehen.

These 6

Ehrenamtlich engagierte Personen sind zeitlich durch berufliche und häusliche Verpflichtungen nicht weniger belastet als nicht engagierte Personen.

Ehrenamtliches Engagement kostet Zeit. Nicht alle Menschen sehen sich in der Lage, neben Beruf, Familie und Hobby zusätzliche zeitliche Belastungen auf sich zu nehmen; Prioritäten

müssen gesetzt werden. Haben also engagierte Personen objektiv oder subjektiv größere zeitliche Spielräume? Sind sie durch Beruf und Familie weniger belastet als Nicht-Engagierte? Oder werden persönliche Prioritäten anders gesetzt?

Basierend auf diesen Überlegungen wurde die Frage geprüft, ob die wesentlichen Unterschiede zwischen ehrenamtlich engagierten Personen und nicht engagierten Personen hauptsächlich in ihren lebenssituationsspezifischen Rahmenbedingungen zu sehen sind. Als nahe liegend könnte die Vermutung angesehen werden, dass Personen, die sich nicht engagieren, einfach die Zeit fehlt, ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen, da sie durch Beruf und häusliche Verpflichtungen besonders stark belastet sind. Die Ergebnisse der Studie bestätigen allerdings diese Vermutung nicht. Ehrenamtlich engagierte Personen gaben nicht an, durch Beruf und Haushalt weniger stark belastet zu sein, als Personen, die sich nicht engagierten. Es kann also davon ausgegangen werden, dass letztlich andere Gründe als zeitliche Belastungen bei der Entscheidung für oder gegen ehrenamtliches Engagement eine Rolle spielen.

3. Fazit

Auf ehrenamtliches Engagement kann in unserem gesellschaftlichen Leben nicht verzichtet werden. Besonders in einer Zeit, in der soziale Leistungen von staatlicher und von institutioneller Seite zunehmend von Kürzungen betroffen sind und gleichzeitig das Interesse an einer aktiven Mitarbeit in den politischen Parteien und in den Wohlfahrtsverbänden zu sinken scheint, gewinnt die Motivierung ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zunehmend an Bedeutung. Wichtig ist es deshalb, die Gründe zu kennen, die zum Engagement motivieren können, aber auch Einstellungen und Überzeugungen zu berücksichtigen, die die Entscheidung zum ehrenamtlichen Engagement behindern.

Positive Auswirkungen auf die Bereitschaft zum Engagement sind zu erwarten, wenn die inhaltlichen Ziele einer Gruppe herausgestellt werden, wenn die ehrenamtlichen Aktivitäten Sinnerfahrungen vermitteln, wenn die Möglichkeit besteht, etwas dazulernen, wenn das Engagement Spaß macht und wenn Kontakte mit Gleichgesinnten ermöglicht werden.

Moralische Überzeugungen, die Einschätzungen von Verantwortung und Gerechtigkeit betreffen sind wichtige Faktoren, die Engagement begünstigen oder verhindern können. Sie sollten deshalb nicht vernachlässigt werden. Wichtig ist es zudem Handlungsspielräume aufzuzeigen und positive Konsequenzen von Engagement deutlich zu machen. Die Wahrnehmung, als kleines Licht keinen Einfluss auf politische, gesellschaftliche und soziale Verhältnisse zu haben, führt zu Passivität und zu Resignation. Erfahrungen von Kompetenz und Zufriedenheit im beruflichen und im sozialen Bereich begünstigen dagegen Engagement, diese Erfahrungen können durch das Engagement zwar weiter gefördert werden, aber sie werden durch ehrenamtliches Engagement wahrscheinlich nicht primär erworben. Die Untersuchungen zeigen, dass die Motivierung Ehrenamtlicher nicht den gemeinnützigen Organisationen und Verbänden überlassen werden darf. Erfahrungen und Überzeugungen aus dem Berufsleben und aus dem privaten Bereich sind wichtige vorauslaufende Bedingungen, die die Entscheidung zum Engagement begünstigen können. In diesem Sinne ist es also Aufgabe von uns allen, solche Erfahrungen zu ermöglichen.

4. Literatur

Erlinghagen, M. (2000). Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf. Eine Längsschnittanalyse der westdeutschen Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 1992 und 1996. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 52, 291-310.

Krampen, G. (1988). Entwicklungsbezogene Korrelate sozialen Engagements bei Männern im Ruhestand. *Zeitschrift für Gerontopsychologie und -psychiatrie*, 1, 285 - 295.

Moschner, B. (1994). *Engagement und Engagementbereitschaft. Differentialpsychologische Korrelate ehrenamtlichen Engagements*. Regensburg: Roderer.

Moschner, B. (1998). Ehrenamtliches Engagement und soziale Verantwortung. In B. Reichle & M. Schmitt (Hrsg.), *Verantwortung, Gerechtigkeit und Moral. Zum psychologischen Verständnis ethischer Aspekte im menschlichen Verhalten* (S. 73 - 86). Weinheim: Juventa.

von Rosenblatt, B. (2000). Große Vielfalt bei ehrenamtlichen Tätigkeiten und bürgerschaftlichem Engagement. Ein neues Feld der Sozialberichterstattung in Deutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, 24, 6-10.

**COLLOQUE EUROPEEN
HERZOGENRATH
DU 7 AU 10 DECEMBRE 2000**

**LA PLACE DE LA
FORMATION DANS LA
NOUVELLE SOCIETE DU
TRAVAIL**

Dr. Michael Schäfers

Bildung als Schlüsselfrage in der „neuen“ Arbeitsgesellschaft –

Funktion, Aufgabe und Praxis

Dr. Michael Schäfers

Meine Ausführungen gliedern sich in folgende Schritte. Eingangs möchte ich einige Entwicklungen darstellen, die zeigen, dass die „neue“ Arbeitsgesellschaft bereits in einem negativen Sinne durch grundlegende Entwicklungen vorbestimmt ist, wenn kein Umlenken erfolgt. In einem zweiten Schritt mache ich einige zugespitzte Ausführungen zu der derzeitigen „Bildungslandschaft“ und zu den politisch gewollten Trends in der Bildungsarbeit, die in eine ganz bestimmte Richtung gehen. Anschließend möchte ich dieser „einseitigen“ Entwicklung ein Bildungsverständnis entgegensetzen, das sich mit dem Slogan „Bildung zur Freiheit“ umschreiben lässt. Will man die folgenden Ausführungen einfacher gliedern, so gibt es nur zwei Teile: Im ersten Teil schimpfe und kritisiere ich, im zweiten Teil versuche ich konstruktiver zu werden. Der Schluss ist eine Zumutung...

Aktuelle Entwicklungen der Weltwirtschaft und Zukunftsentwürfe zur Arbeitsgesellschaft – Bildung als Modernisierungsstrategie ohne Widerständigkeit

Die Veränderungen der derzeitigen Arbeitsgesellschaft sind in aller Munde. Unter den Stichworten „Globalisierung der Finanzmärkte“ und „Internationalisierung der Wirtschaft“ wird eine Debatte darüber geführt, wie und durch welche Faktoren sich die Welt verändert hat und zukünftig weiter verändern wird. Dabei liegen einige Entwicklungen offen zutage, die an dieser Stelle nur kurz skizziert werden können³⁸:

ÿ **Mit dem Zusammenwachsen der Weltwirtschaft nehmen entgegen anders lautender Behauptungen die Risiken zu.** So sind etwa die Kapitalmärkte und die Arbeitsmärkte näher zusammengedrückt. Krisen der Kapitalmärkte bedeuten tiefe Einschnitte in die Arbeitsmärkte. Die so genannte „Asienkrise“, die im Juli 1997 mit dem Absturz der thailändischen Währung begann und sich wie ein Flächenbrand über die gesamte Weltwirtschaft ausbreitete, hat nach Angaben des Internationalen Arbeitsamtes in Genf

³⁸ Vgl. zum Folgenden ausführlich: Schäfers, Michael, Von der Arbeit zur Tätigkeit. Zeitdiagnosen wider die Resignation (erscheint im Frühjahr 2001 im Lit-Verlag).

allein 10 Millionen Menschen in der Region arbeitslos gemacht, hat zu einem rapiden Lohnverfall und damit letztendlich zu Armut geführt. Die Asienkrise hat auch gezeigt, dass die Risiken längst nicht mehr regional begrenzt werden können, sondern Auswirkungen auf alle Arbeitsmärkte dieser Welt zu verzeichnen sind. Asiatische Banken haben nach Schätzungen allein in Europa im Zuge der Krise 60.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen.

ÿ **Tarifvertraglich und sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Arbeitsverhältnisse nehmen weltweit in einem dramatischen Ausmaß ab.** Die Parole lautet auch in den europäischen Volkswirtschaften: Weg vom geregelten Normalarbeitsverhältnis hin zur unregulierten prekären Beschäftigung. Deutlich zeigt sich dies im Anwachsen des informellen Sektors. Informeller Sektor meint den Bereich der Wirtschaft, der der Kontrolle des Staates entzogen wird, daher unreguliert und nicht kontrolliert ist, kleinstunternehmerische Aktivitäten umfasst und durch einen großen Arbeitseinsatz, aber einen nur geringen Kapitalaufwand, gekennzeichnet ist. Die Wachstumsraten in diesem Sektor sind atemberaubend. „Waren im Jahre 1972 weltweit weniger als zehn Prozent der Erwerbsbevölkerung in diesem Segment des Arbeitsmarktes tätig, so waren es im Jahre 1997 bereits 63,4 Prozent.“³⁹ Diese Veränderung betrifft alle Länder dieser Erde, auch die europäischen, wenn gleich das Wachstum des informellen Sektors hier zumindest in den Staaten, die über starke Gewerkschaften verfügen und in denen die Deregulierung behutsamer betrieben wird, langsamer verläuft als z.B. in Indien, wo sich der Anteil der im informellen Sektor Beschäftigten 1997 auf 91,7 (!) Prozent belief. In allen Staaten dieser Erde geraten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend unter einen Anpassungsdruck, regulierte, kontrollierte und abgesicherte Arbeitsplätze aufzugeben. Dieser Anpassungsdruck reicht in den europäischen Nationen mittlerweile tief in die bisher abgesicherte Stammebelegschaft und Mittelschicht hinein.

ÿ **Ergebnis von Risikoverlagerung und Zunahme des informellen Sektors ist die weltweite Zunahme der sozialen Spaltung.** Längst gehen keine Risse mehr durch die Weltwirtschaft, sondern ein Graben tut sich auf. Die soziale Spaltung nimmt dabei zwischen den Ländern und in den Ländern zu. Die Fakten belegen, dass derzeit jedenfalls nicht von der viel beschworenen „Win-Win-Situation“ bei der Globalisierung und Internationalisierung die Rede sein kann. Von den positiven Effekten und den Chancen der Globalisierung und Internationalisierung profitiert derzeit nur eine Minderheit der

Weltbevölkerung, während die übergroße Mehrheit auf der Verliererseite steht. Selbst die Wachstumsphase der amerikanischen Wirtschaft in den letzten Jahren hat nicht dazu geführt, dass alle von den zu verteilenden Wirtschaftszuwächsen profitiert haben, sondern das obere Fünftel der Bevölkerung beim Einkommen erhebliche Zuwächse zu verzeichnen hatte, die unteren 20 Prozent aber von dieser Entwicklung abgekoppelt worden sind. Nicht alle gewinnen, sondern nur wenige und eben die, die sowieso schon auf der Gewinnerseite standen. Soziale Spaltung nimmt so zu und verfestigt sich.

ÿ **Ausgehend von Amerika bricht sich in der Weltwirtschaft ein neues Leitbild für das Wirtschaften Bahn: die „New Economy“.** „Amerika ist der Ofen, in dem die Zukunft geschmiedet wird“, stellte bereits Leo Trotzki vor 70 Jahren fest. In Amerika zeigt sich deutlich die Wende von der „Old Economy“ hin zur „New Economy“. Diese Wende kommt einer industriellen Revolution gleich. Im Mittelpunkt der neuen Wirtschaft steht das Internet. Täglich wächst das amerikanische Glasfasernetz um 6000 Strang-Kilometer. Ein neues Leitbild für das Wirtschaften rückt ausgehend von Amerika mehr und mehr in die ökonomischen Zusammenhänge ein. Dieses neue Leitbild bedeutet erhebliche Veränderungen und Umbrüche, die sich Folgendermaßen zusammenfassen lassen: An die Stelle der „schweren Moderne“ mit ihren Fabriken, der Konzentration der Arbeit an einem bestimmten Ort, von Kohle und Stahl, tritt die „leichte Moderne“, in deren Mittelpunkt die Digitalisierung und die Beschleunigung steht. Zeitstrukturen verändern sich, Kommunikation wird zum Ereignis in „Real-Time“. Die Aufteilung von Arbeits- und Lebensorten entflechtet sich. Interessen der lohnabhängig Beschäftigten spielen gegenüber der Kapitalverwertung eine deutlich untergeordnete Rolle. Die „neuen Medien“ mit ihren „Portalen“ zum Internet werden zum Schlüssel, um an den Segnungen der „New Economy“ teilnehmen zu können. Und für unsere heutige Themenstellung entscheidend: „Nicht mehr die Arbeit befruchtet das Kapital, wie es noch in der klassischen politischen Ökonomie der Fall war, sondern das Wissen (...).“⁴⁰

Warum nun diese Vorbemerkungen, wo es doch heute um Bildung als Schlüsselfrage in der „neuen“ Arbeitsgesellschaft gehen soll? Die Ausführungen sind eingangs notwendig, weil sie Folgendes belegen:

³⁹ Köppen, Kirsten, Globalisierung verlangt sozialen Fortschritt, in: Bundesarbeitsblatt 11/2000, S. 11.

⁴⁰ Schwengel, Hermann, Die Werte der neuen Ökonomie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8-9/2000, S. 462.

- ÿ Einerseits müssen wir uns, um den Ernst des Themas erfassen zu können, damit vertraut machen, dass die „neue“ Arbeitsgesellschaft nicht irgendwo am „grünen Tisch“ oder im „luftleeren Raum“ und so die Funktion von Bildung in diesem Kontext bestimmt werden kann, sondern heute bereits Fakten gesetzt werden, wie denn zukünftig die „neue“ Arbeitsgesellschaft aussehen wird, wenn keine Richtungsänderung erfolgt. Sie trägt das Kleider neuer Risiken, von unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen und sozialer Spaltung für die vielen, während die „Segnungen“ einer Minderheit zu fließen.
- ÿ Andererseits erteilen die bisherigen Bemerkungen allen Zukunftsmodellen eine Absage, die auf staatliche und organisierte Steuerung verzichten wollen und das „Reich der Freiheit“ als quasi mit der Durchsetzung der neuen Wirtschaft automatisch gegeben sehen. Wer nicht die negativen Folgen der derzeitigen Entwicklungen in Kauf nehmen will und an dem Ziel, soziale Gerechtigkeit für alle zu schaffen, festhält, kommt nicht umhin, grundlegende strukturelle Reformen anzumahnen. Die Auseinandersetzung um die „Bildung“ würde sonst die Fakten und die realen Veränderungen aus dem Auge verlieren. Denn: „Vor dem Reich informationsgesellschaftlicher Freiheit lauert der Kampf um Notwendigkeiten, Knappheiten und Zugang.“⁴¹

Wir können an dieser Stelle so bereits eine grundsätzliche Bemerkung festhalten, die beim Thema „Bildung“ nicht außer Acht gelassen werden kann: Funktion, Aufgabe und Praxis der Bildung stehen nicht einfach in einem „luftleeren Raum“, sondern müssen im Kontext der realen politischen, gesellschaftlichen, sozialen und - heute vor allem - wirtschaftlichen Veränderungen betrachtet und herausgearbeitet werden. „Bildung“ ist eben auch das Produkt gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Umstände. Gerade in einer Phase des Umbruchs, in der wir zweifelsohne derzeit stehen, wird die Bildung immer gerne als ein entscheidender Zukunftsfaktor ins Rampenlicht gerückt, nicht selten allerdings, um die wahren Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten zu verschleiern. Ich komme darauf an anderer Stelle noch einmal zurück.

In weiten Teilen gilt dies auch für ein Großteil der populären Zukunftsentwürfe zur Arbeitsgesellschaft. In welche Publikation dieser Art man auch schaut: Bildung, Bildung, Bildung. Insbesondere Veröffentlichungen, die sich mit der „New Economy“ beschäftigen, räumen der Bildung einen breiten Raum ein. Bildung und lebenslanges Lernen werden zur Notwendigkeit für alle, die in den Wandlungsprozessen mithalten wollen, - so die Botschaft. Ein Hintergrund dieser besonderen Wertschätzung der Bildung und des Lernens ist, dass das

Wissen in der „New Economy“ zum „Schlüsselfaktor“ erklärt wird. Wissen wird dabei als etwas verstanden, dass sich permanent durch ökonomischen Fortschritt entwertet und deshalb immer wieder neu erworben und aktualisiert werden muss. Die „Speedökonomie“ besteht aus einem ständigen Prozess des Entwertens und Neuschaffens von Wissen. Was man heute noch weiß, kann schon morgen von nur noch geringer Bedeutung sein. Bildung wird also in diesen populären Entwürfen zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft in erster Linie mit Wissen gleichgesetzt, ein Wissen freilich, dass es immer wieder zu hinterfragen, neu zu ordnen und anzupassen gilt. Damit wird bereits deutlich: Die Zukunftsentwürfe zur „New Economy“ haben ein sehr eingeschränktes Verständnis von Bildung und Wissen. Bildung wird zu einem Faktor innerhalb einer ständigen Modernisierungsstrategie wirtschaftlicher Abläufe. Bildung dient zur Effektivierung der Ökonomie. Unter den Bedingungen einer kapitalistischen Wirtschaftsweise bedeutet dies aber nichts anderes als das Bildung in erster Linie die Funktion zugewiesen wird, Kapitalverwertungsinteressen optimieren zu helfen. Bildung wird in der „New Economy“ stärker als bisher wirtschaftlichen Interessen und Zielen unterworfen und damit ihrer Eigenständigkeit beraubt.

Dieser Trend findet sich aber keineswegs nur in Zukunftsentwürfen zur Arbeitsgesellschaft der „New Economy“, sondern wird bereits in weiten Teilen Realität. Wer die europäischen Förderprogramme und z.B. die „Bildungslandschaft“ in der Bundesrepublik sowie die Bildungspolitik – soweit sie denn überhaupt noch als eigenständiger politischer Bereich bezeichnet werden kann – analysiert, stellt vier grundlegende Entwicklungen fest:

1. **Bildung wird heute immer mehr einseitig als rein berufliche Bildung verstanden.** Bildungsarbeit rückt damit mehr und mehr in wirtschaftliche und betriebliche „Verwertungsinteressen“ ein. Seinen Niederschlag findet diese Entwicklung u.a. in der gestiegenen Bedeutung, die der innerbetrieblichen Bildung zugewiesen wird. Bildung wird so verkürzt. Bildung wird nicht mehr verstanden als ein ganzheitliches Lernen. Im Bildungsprozess sollen statt sozialer und politischer Kompetenz in erster Linie ökonomische Fertigkeiten erworben werden, die den Wirtschaftsprozess optimieren helfen.
2. **Bildungsprozesse befassen sich heute dementsprechend immer weniger mit dem Aufzeigen von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konfliktfeldern, mit verfestigten Machtstrukturen oder mit sozialen Benachteiligungen** in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens. Konflikte als

⁴¹ Ebenda, S. 460.

Ausgangspunkte von Bildungsprozessen anzusehen, wird mehr und mehr als – im wahrsten Sinne des Wortes – „unproduktiv“ empfunden. Konflikte sollen durch Bildung eher kaschiert denn aufgedeckt werden.

3. **Bildung und politisches Handeln als Bürgerin und Bürger in einem demokratischen Gemeinwesen werden heute immer weniger als „zusammengehörig“ angesehen.** Ein deutlicher Beleg für dieses Auseinanderdriften von Bildung und politischer Aktion sind die Förderrichtlinien, die wenn auch in unterschiedlichen Nuancen in ganz Europa gehandhabt werden: Die öffentliche Förderung der politischen Bildung findet genau da ihr Ende, wo politische Aktionen anfangen. Theorie wird gefördert, politische Praxis nicht – so könnte man etwas zugespitzt formulieren. Ein Bildungsverständnis, wie es z.B. von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung vertreten wird, also der Zusammenhang von Bildung und Aktion, Aktion und Bildung oder Bildung in Aktion usw. gerät in einen Minderheitenstatus. Das Auseinandertreten von Bildung und politischem Handeln stellt so eine ernst zu nehmende Bedrohung für die Fortentwicklung der Demokratie dar.
4. **Bildung wird heute immer mehr als etwas angesehen, das nach ökonomischen Prinzipien organisiert und bewertet werden kann.** Input- und Output-Schemata treten in den Vordergrund. Bildung wird als etwas Objektivierbares betrachtet, das nach bestimmten Kriterien evaluiert, bewertet und bezahlt werden kann. Dass Bildung immer auch etwas mit Persönlichkeitsbildung, mit mittel- und langfristigen Verhaltensänderungen usw. zu tun hat, wird als nebensächlich erachtet oder erst gar nicht zur Kenntnis genommen. Bildung – so die Vorstellung – lässt sich marktwirtschaftlich organisieren. Mittel werden eingesetzt und deren Effizienz kann am Ende überprüft werden. Das Bildung strukturierte Zeiten und Orte braucht, je nach Zielgruppe unterschiedliche Methoden und Inhalte verlangt, Formen der „kompensatorischen Bildung“ z.B. für die soziale benachteiligten Gruppen notwendig sind, wird ignoriert. Bildung wird somit selbst zum „Marktgeschehen“, dass sich nach Angebot und Nachfrage steuert.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden: Das Bildungsverständnis in den populären Entwürfen zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft, in weiten Teilen der landläufigen „Bildungslandschaft“ und in der Bildungspolitik ist Bestandteil einer ökonomischen Modernisierungsstrategie. Bildung soll nicht das „Widerständige“, den Konflikt und die Machtstrukturen problematisieren, sondern zur Harmonie und Steigerung der Produktivität beitragen.

Bildung als Marktgeschehen

Nun wird man zurecht einwenden können, dass Bildung immer schon funktionalisiert worden ist und die hier vorgetragenen Veränderungen keine Neuigkeit beschreiben. Das Bildungsbürgertum prägte etwa im 19. und auch in weiten Teilen des 20. Jahrhunderts das Bildungsverständnis. *Bildungsinhalte* standen im Bildungsbürgertum gegenüber dem *Bildungsprozess* im Vordergrund. Humboldt siegte gegenüber Pestalozzi. Wer möglichst viel Bildungsinhalte und damit Wissen anhäufen konnte, wer also in diesem Sinne „gebildet“ war, brachte damit seine Zugehörigkeit zur vermögenden Klasse zum Ausdruck. Und auch in der Arbeiterbewegung finden wir immer wieder negative Ansätze Bildung zu funktionalisieren, um die Klassengesellschaft zu überwinden und das neue „Reich der Freiheit“ Wirklichkeit werden zu lassen. Wer sich bereits in den 1980er-Jahren mit Bildung in den angeblich sozialistischen Staaten auseinandergesetzt hat, konnte beobachten, wie die Indoktrination durch Bildungsarbeit in dem Maße wuchs, wie die „Planwirtschaft“ im Niedergang begriffen war. Dennoch gibt es m.E. heute eine deutliche Veränderung, eine Funktionalisierung von Bildung, die sich aus der Tatsache herleitet, dass Leben und Wirtschaft immer näher zusammenrücken. Bildungsbürgertum und Arbeiterbewegung waren sich zumindest in einem Minimalkonsens darin einig, dass Bildung nicht den Marktgesetzen überlassen werden kann. Diese Überzeugung scheint mir heute von immer weniger Menschen in Politik und Wirtschaft geteilt zu werden. „Bildung zur Freiheit“ – ein Postulat Kants – gerät heute in die Mühlen einer Marktgesetzlichkeit, die Freiheit als Bildungsauftrag nur dann akzeptiert, wenn damit spürbare ökonomische „Wertsteigerungen“ einhergehen. Freiheit durch Bildung wird nicht mehr als ein öffentlicher Auftrag angesehen, den der Staat für alle Bürgerinnen und Bürger sicher zu stellen hat (allenfalls gilt dieser Auftrag noch für eine bestimmte „Grundversorgung“), sondern Bildung wird zu einem einseitigen Geschehen, das auf „Wirtschaftstauglichkeit“ abzielt. Der deutlichste Ausdruck der Aufgabe des Kant'schen Postulats „Bildung zur Freiheit“ ist die „Privatisierung der Bildungskosten“⁴² im Bereich der politischen Bildung. Hierdurch und durch die marktförmige Organisation der Bildung wird die Chancengleichheit ausgehebelt. Bildung wird zum Faktor für Ungleichheit und produziert Ungerechtigkeit – statt sie zu verhindern und abzubauen.

⁴² Strunk, G., Vom Verschwinden der Bildungsdimension aus der Weiterbildung, Anmerkungen zu Tendenzen und Folgen der aktuellen Weiterbildungspolitik, in: *Erwachsenenbildung* 42 (1996), S. 170.

Dies ist m.E. die einschneidendste Veränderung, mit der wir zu rechnen haben, wenn wir Bildung als Schlüsselfaktor für die Gestaltung einer gerechten Arbeitsgesellschaft ansehen: Die derzeitige marktförmige Organisation der Bildungsarbeit produziert Ungleichheit und verfestigt Machtstrukturen und führt zu einer bisher nicht gekannten „Fehlallokation“ der eingesetzten öffentlichen Mittel. Diese zeigt sich auf mehreren Ebenen:

- ÿ Mit den geringer werdenden öffentlichen Mitteln werden die eigentlichen Zwecke der politischen Bildung immer weniger erreicht.
- ÿ Die Mittel fließen denjenigen zu, die sich politische Bildung überhaupt noch leisten können, die also in der Lage sind, die „Marktpreise“ zu bezahlen.
- ÿ Die öffentlichen Mittel verteilen sich nach dem marktförmigen Muster: den Starken wird gegeben, den Schwachen wird genommen, d.h. der Mitteleinsatz entspricht immer weniger sozialen Gesichtspunkten („kompensatorische Bildung“) und denen der Herstellung von Chancengleichheit.
- ÿ Angebot und Nachfrage als Regelmechanismen auf dem „Bildungsmarkt“ begünstigen große und finanzstarke Bildungseinrichtungen, die aber oftmals nur wenig kreativ sind und sich aufgrund der finanziellen Notwendigkeiten den Trends immer mehr angleichen müssen und/oder in Abhängigkeit zu privaten Zuwendungsgebern (aus der Wirtschaft) geraten.
- ÿ Die eingesetzten Mittel fördern kein ganzheitliches Bildungsverständnis.
- ÿ Durch den Vorrang der beruflichen Bildung findet mit öffentlichen Geldern eine indirekte Subventionierung der Wirtschaft statt.

Durch diese Fehlallokation wird Bildung nicht für alle Bürgerinnen und Bürger qualifiziert, sondern segmentiert. Bildung – insbesondere „Bildung zur Freiheit“ – droht zu einem Privileg zu werden.

Nur ein neues Verständnis von Bildung hilft uns weiter...

Warum diese scharfe Kritik an dem aktuell geförderten Verständnis von Bildung, wo es doch um die Frage nach der Bedeutung von Bildung in einer „neuen“ Arbeitsgesellschaft gehen soll? Die bisherigen Ausführungen machen eines unmissverständlich klar: Bildung *ist* eine

„Schlüsselfrage“ für eine „neue“ Arbeitsgesellschaft. Über das derzeit vorherrschende Verständnis von Bildung – in dem hier beschriebenen und kritisierten Sinne – wird eine bestimmte Form von Arbeitsgesellschaft durchgesetzt: eine „neue“ Arbeitsgesellschaft in einem negativen Sinne, die durch ein Mehr an sozialer Ungleichheit, weniger Chancengerechtigkeit und weniger Freiheit gekennzeichnet ist. Darum ist es unsere erste Aufgabe, Ideologiekritik zu betreiben und die mit den Veränderungen in der „Bildungslandschaft“ in Europa verfolgten Ziele aufzudecken. In Artikel 2 der Allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen, die von allen europäischen Staaten ratifiziert worden sind, heißt es: „Jeder Mensch hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer und sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen.“ Dies zu erreichen, bedeutet: Bildungschancen für alle! Schluss mit dem Privileg der Bildung! Bildung taucht nicht für marktwirtschaftliche Experimente! Mehr und nicht weniger Bildung, mehr und nicht weniger Chancengleichheit sind gefordert! Das Postulat „Bildung zur Freiheit“ gehört wieder auf die Tagesordnung der politischen Entscheidungsinstanzen, der Bildungsträger und der Bildungspraxis!

Für den, der an diesem Postulat festhält, scheint zumindest eines klar zu sein: Wir können die Zukunft der Arbeitsgesellschaft nicht einfach durch politische und wirtschaftliche Entscheidungsinstanzen „entwerfen“ (das gilt auch für verbandliche Beschlusslagen), mit welchem Sachverstand und welcher Überzeugung auch immer, sondern der Entwurf einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft muss ein Produkt der Freiheit sein, dass in einem kommunikativen gesellschaftlichen Prozess entsteht, der für alle Meinungen und Optionen offen ist, dessen Grundlage aber die Durchsetzung der sozialen Grundrechte und Menschenrechte für alle und damit der Menschenwürde ist.

Bildungsarbeit hätte angesichts dieser Herausforderung zuerst einmal die Funktion, Menschen über ihre Zukunftsvorstellungen zur Arbeit miteinander ins Gespräch zu bringen, aber auch aufzuklären über angebliche „Gesetzmäßigkeiten“, die als unabwendbares Schicksal hingestellt werden und Unterdrückung legitimieren. Vor dem Wagnis der Freiheit kommt die Erkenntnis der Freiheit. Das bedeutet heute auch: Bildungsarbeit müsste sich als ein Ermutigungsprozess gegen die lähmende Resignation verstehen, die sich allenthalben breit macht und dem Umstand geschuldet ist, dass in Wirtschaft und Politik wichtige Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen werden. **Bildungsorte als**

Kommunikations- und Ermutigungsorte. Wie wichtige diese Aufgabe der Bildung heute sein kann, wird angesichts der „Sprachlosigkeit“ der Beschäftigten in ihren Betrieben mehr als deutlich. „Über alles wird bei uns gesprochen, aber nicht über die Arbeit, den zunehmenden Zeitdruck, den Stress und dass du das Gefühl hast, das Leben nicht mehr unter einen Hut zu bekommen“, hat mir in einem Interview kürzlich ein Angestellter der Firma IBM gesagt. Wenn schon in den Betrieben nicht mehr über die „Nöte der Arbeit“ geredet werden kann, müsste dann nicht die Bildungsarbeit verstärkt diese Funktion übernehmen? Das Bedürfnis nach Austausch über die Arbeit ist jedenfalls groß, denn in den Betrieben selbst und nicht selten in der unmittelbaren Kollegenschaft stoßen die Problemlagen auf Unverständnis. Der „IBM-Mann“ weiter: „Druck, Druck, Druck ist das neue Gesetz der Arbeit. Wo du auch hinkommst, jeder fühlt sich überfordert. Aber keiner kann es thematisieren. Kommt es zur Sprache, lautet die lapidare Antwort: Bei mir ist es auch nicht besser. Die Vorgesetzten stellen sich auf den Standpunkt, dass sie sowieso nichts machen können. Die berufen sich auf die Vorgaben von diesem oder jenen. Und, das Fatale ist: Jeder versucht seinem eigenen Druck dadurch zu entkommen, dass er den Druck an andere weitergibt. Statt gemeinsam das Problem anzugehen, bleibt jeder allein...“ Eine Aussage, die für weitere Bereiche der Erfahrungswelt der lohnabhängig Beschäftigten gelten dürften. Bildungsorte als Kommunikations- und Ermutigungsorte, um das zur Sprache zu bringen, was nach dem geheimen Lernplan des „Turbokapitalismus“ nicht zur Sprache kommen soll und darf.

Ich zitiere noch einmal aus dem Interview, um einen anderen Aspekt zu verdeutlichen, der für eine „Bildung zur Freiheit“ entscheidend ist. „Was die große Unsicherheit bei uns ausmacht, ist die einfache Tatsache, dass keiner so richtig weiß, was läuft. Die Strategie des Konzerns ist in keiner Hinsicht klar, zumindest nicht für uns. Es mag sein, dass die Oberen wissen, wo es hingehen soll, aber uns wird davon nichts mitgeteilt. Alles wird in einzelne Teilfunktionen zerlegt und morgens weißt du schon nicht mehr, ob das, was du eigentlich machen sollst, noch aktuell ist. Alles ist in einem ständigen Umbau. ‚Das muss so sein‘, hörst du dann, wenn du mal zaghafte Anfragen stellst. In den Firmenprospekten steht dann, dass ständiger Wandel am Markt gefragt ist und nur ein Unternehmen, das sich ständig bewegt, überleben kann. Das ist für die meisten viel zu abstrakt. Wir durchschauen nicht, was da abläuft, und das gilt selbst für diejenigen, die immer vorgeben, alles im Griff zu haben.“ Alles ist im Fluss, alles ist im Wandel. Diese Feststellung ist immer wieder zu hören. Unsicherheit und Undurchschaubarkeit machen sich breit. Die Mechanismen und Strukturen der „New

Economy“ fordern eine „fließende Identität“ ein, wie es so schön heißt. Jeder, der sich mit Bildungstheorie beschäftigt, weiß aber, dass dies eine Unmöglichkeit ist. Die viel beschworenen Verheißungen der „Patchwork-Biographien“ enden im Dschungel der alltäglichen An- und Überforderung und nicht selten in einer „Standortlosigkeit“. Resignation ist die Folge: „Viele Kollegen fangen an, sich über das Morgen keine Gedanken mehr zu machen. Wenn morgen schon alles anders sein kann, warum solltest du dir auch Gedanken machen, wie es langfristig weiter gehen soll. Und das Schlimme ist: Das schlägt auch auf das Leben durch. Irgendwie wird mein Leben immer planloser...“ – so der Beschäftigte bei IBM. Die „klare Linie“ im Leben geht verloren.

Zu einer „Pädagogik des gesellschaftlichen Wandels“

So wichtig und dringend eine „Entschleunigung“ des „Turbokapitalismus“ auch sein dürfte, derzeit werden Funktion, Aufgabe und Praxis von Bildungsarbeit realistischer Weise unter Bedingungen des permanenten Wandels entwickelt werden müssen. Hierin liegt m.E. die zentrale Herausforderung der Bildung heute. Es ist erstaunlich, dass diese Herausforderung bisher nur unzureichend zur Kenntnis genommen worden ist. Dies mag zum einen daran liegen, dass die Veränderungen und Umbrüche immer noch – gerade in ihren Folgen für die Individuen – verharmlost werden, zum anderen fehlt bisher in der didaktischen Konzeptionierung der Bildungsarbeit hierzulande ein umfassender Entwurf, Wandel als grundlegendes Element von Bildungsprozessen zu begreifen. Für unseren Kontext könnte es dabei sehr hilfreich sein, auf die von dem lateinamerikanischen Pädagogen und Historiker Paulo Freire entwickelte „Pädagogik des gesellschaftlichen Wandels“⁴³ zurückzugreifen.

Einige ausgewählte grundlegende Elemente der „Pädagogik des gesellschaftlichen Wandels“ möchte ich deshalb kurz benennen, da sie helfen, die einseitige „Modernisierungsstrategie durch Bildung“ seitens der „New Economy“ und die Ratlosigkeit angesichts der

⁴³ Vgl. zum Folgenden: Freire, Paulo, Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1982; ders., Erziehung als Praxis der Freiheit. Beispiele zur Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek bei Hamburg 1982 (3); ders., Der Lehrer ist Politiker und Künstler. Neue Texte zu befreiender Bildungsarbeit, Reinbek bei Hamburg 1981; ders., Betto, F., Schule, die Leben heißt, München 1986; vgl. auch Schäfers, Michael, Bleibt alles anders: Erwerbsarbeit, Tätigkeitsgesellschaft und die Herausforderungen für eine politisch-soziale Jugendbildung, in: Projektgruppe Arbeit-Jugend-Politik (Hg.), Politisch-soziale Jugendbildung in der Krise der Arbeitsgesellschaft, St. Ingbert 1999, S. 105ff; ders., Regionale Strukturentwicklung braucht Bildung! Überlegungen zu einer Pädagogik des gesellschaftlichen Wandels, in: Bildungswerk der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Trier et al. (Hg.), Regionen im Umbruch, Bornheim 1996, S. 163ff.

Wandlungsprozesse zu überwinden. Einige Aspekte habe ich bereits angedeutet, die ich aber abschließend in fünf Punkten systematisieren möchte:

1. **Voraussetzung und Inhalt jeder Bildungsarbeit ist eine fundierte Analyse der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gegebenheiten, unter denen und aus denen heraus Bildungsarbeit betrieben wird.** Insofern gibt es keine Bildung, die nicht politisch ist. Dabei gilt, dass die Analyse der Verhältnisse nicht einfach „vorgesetzt“ werden kann, sondern aus den Erfahrungen der Teilnehmenden heraus zu entwickeln ist. „Qualifizierung von Erfahrungswissen“ und „Teilnehmer-Innenorientierung“ hat man das früher einmal in der Pädagogik und Didaktik genannt. Was hier in wenigen Sätzen beschrieben wird, ist zweifelsohne ein schwieriges Unterfangen. Wer kann heute im „Zeitalter der Beschleunigung“ schon überblicken, was „alles läuft“. Vielleicht wird eine fundierte Analyse in der Bildungsarbeit heute gerade deshalb immer weniger geleistet, weil sie als ein Moment der Überforderung begriffen wird, weil sie als „theoretisch“ und „trocken“ gilt. Dennoch führt kein Weg daran vorbei. Paulo Freire hat angesichts der Unterdrückung in Lateinamerika Zeit seines Lebens vehement die Ansicht vertreten, dass selbst die Unterdrückten, die nicht lesen und schreiben können, denen das Leben vorenthalten wird, in der Lage sind, strukturelle Zusammenhänge zu durchschauen. Ja, er ist in seiner Behauptung noch weiter gegangen. Für ihn galt: Die Opfer sind eher in der Lage, strukturelle Ungerechtigkeiten zu erkennen, da sie von ihnen unmittelbar betroffen sind. Die „Aktionäre des Wissens“, also diejenigen, die das Wissen verwalten und angeblich „wissen“, wo der „Zug der Zeit“ hingeht, hielt er für unfähig zur Analyse, da sie ihre Macht blind mache für eine Erkenntnis der wirklichen Zusammenhänge und damit für die Unterdrückung der Mehrheit der Menschheit. In unseren Kontext übersetzt würde dies heißen: Den „kleinen Leuten“ etwas zutrauen, ihnen den Mut geben, ihre Nöte und Ängste zu kommunizieren, mit anderen auszutauschen, und ihnen mit Hilfe der professionell in der Bildungsarbeit Tätigen die Gelegenheit geben - ausgehend von ihrer Lebenswelt - die großen Zusammenhänge zu erkennen. Quasi automatisch dürfte sich dann im Bildungsprozess das ergeben, was Paulo Freire in Lateinamerika vielfach beobachtet hat: ein „transitiv-kritisches Bewusstsein“, d.h. die Frage nach der Zukunft erwächst aus der Analyse der Verhältnisse. Wer Ungerechtigkeiten erkennt, will diese zukünftig verändern und abschaffen. Trauen wir den Menschen in Europa vielleicht zu wenig zu, dass die Hoffnung auf eine bessere Welt immer noch in ihren Köpfen und Herzen schlummert?

2. Im Hinblick auf den lateinamerikanischen Kontext spricht Freire von **einer „Kultur des Schweigens“**, die durch die Abhängigkeitsverhältnisse und die kulturelle Fremdbestimmung des unterdrückten Volkes verursacht wird. Eine „Kultur des Schweigens“ entsteht da, wo Menschen ihr eigenes „Schicksal“ nicht in die Hand nehmen können, sie Entwicklungen in die Zukunft nicht mitbestimmen können und dürfen. Eine „Kultur des Schweigens“ oder besser „Unkultur des Schweigens“ beschreibt auch der Mitarbeiter der Firma IBM. Wo sie durchbrochen wird, ist für die Mächtigen „Gefahr im Verzug“. Deshalb wird heute vieles unternommen, herrschaftsfreie Kommunikation in den Betrieben und in der Gesellschaft zu verhindern. Wo Menschen „ins Reden“ kommen, wird das Ergebnis „unberechenbar“. Jeder, der in der Bildungsarbeit tätig ist, weiß um diese Gefahr für den schön und akribisch geplanten Bildungsprozess. Nicht umsonst ist eines der herausragenden Gesichter der „New Economy“ die Medienbranche, die sprachlos macht und nur zum Konsumieren einlädt. Sie dient dazu, die „Unkultur des Schweigens“ zu zementieren. Welche Zukunft der Arbeitsgesellschaft würden wohl die Menschen sich wünschen und entwickeln, wenn eine „Kultur der freien Sprache“ die Öffentlichkeit bestimmen würde?
3. Freire begreift den **Bildungsprozess und das pädagogische Handeln als „Konkretisation“, d.h. als einen Prozess der Bewusstseinsbildung**. In diesem Prozess sind zwei Aspekte ineinander verschränkt und verwoben: Zum einen die Bewusstwerdung der gesellschaftlichen Realität und zum anderen eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen, die die humane Entfaltung des Menschen verhindern. Wenn man so will, ist der in der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung verfolgte Bildungsansatz von Aktion und Bildung, Bildung in Aktion ebenfalls eine Verschränkung dieser beiden Aspekte: Es geht nicht nur darum, dass das Bewusstsein sich ändert, Kenntnisse gewonnen werden und diese reflexiv verarbeitet werden, sondern es geht gleichzeitig darum, dieses Bewusstsein in politische Aktionen umzusetzen bzw. einzubringen. Theologisch formuliert: Es geht um den Zusammenhalt von Mystik und Politik. Warum beide Aspekte unmittelbar miteinander verbunden sein müssen, betont Freire in folgender Ausführung: „Sind Menschen (...) unfähig, die Themen ihrer Zeit kritisch zu erfassen und aktiv in die Realität einzugreifen, dann werden sie im Kielwasser der Veränderungen mitgerissen. Sie merken, dass die Zeit sich ändert, aber sie tauchen unter in diesem Wechsel und können folglich seine dramatische Bedeutung nicht erkennen. Aber eine Gesellschaft, die sich von einer Epoche zur nächsten zu bewegen beginnt, bedarf der Ausbildung eines besonders

flexiblen und kritischen Geistes. Fehlt dieser Geist, dann sind die Menschen außerstande, die entscheidenden Widersprüche zu erfassen, welche dadurch in der Gesellschaft entstehen, dass neue Werte ihre Behauptung und Erfüllung suchen und mit früheren kollidieren, die um Selbsterhaltung kämpfen.“ Nun haben wir es derzeit – wie bereits angesprochen – mit einem tief greifenden Wandlungsprozess der Arbeitsgesellschaft zu tun. Wäre es nicht an der Zeit, den Prozess der Bewusstseinsbildung gerade deshalb stärker als bisher in der Bildungsarbeit in den Blick zu nehmen? Ist vielleicht gerade eine so verstandene Bildungsarbeit der Schlüssel zu einer neuen und gerechteren Arbeitsgesellschaft?

4. Freire hebt einen weiteren Punkt hervor, den ich bereits angedeutet habe. Er begriff **Bildungs- und Lernprozesse nicht als ein Geschehen, in dem Erkenntnis und Wissen quasi „von außen“ hinzutreten, sondern Bildung und Lernen sind selbst als Erkenntnissituationen aufzufassen.** Erst wenn Bildung und Lernen in die konfliktive Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft gestellt werden, wird „das Widerständige“ sichtbar, dass eine gerechte Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit, die Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern und ein menschenwürdiges Leben für alle verhindert. Bildung kann dann gar nicht anders sein als „politisch“. Anders formuliert: Wo Konflikte als Ausgangspunkte von Bildungs- und Lernprozessen dienen, kann es nur eine politische Bildung geben. Es gibt da, wo es um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft geht, nur eine „politische Bildung“. Selbst eine Bildung, die sich aus den Kämpfen für Gerechtigkeit und Freiheit für alle Menschen für eine neue Arbeitsgesellschaft der Zukunft heraushalten will, die vorgibt, „neutral“ zu sein, ist hoch politisch, verhindert sie doch das Durchschauen von Machtstrukturen und Interessen, die die Menschen in Abhängigkeit halten und eine „Kultur des Schweigens“ (s.o.) zementieren. Könnte eine so verstandene Bildung nicht spannend werden? Welche Zukunft der Arbeitsgesellschaft würden die „kleinen Leute“ wohl entwickeln, wenn ihre Erkenntnisse und ihr Wissen zu Ausgangspunkten wirtschaftlicher und politischer Programmatik würden?
5. Ein letzter Punkt. Freire „Pädagogik des gesellschaftlichen Wandels“ setzt konsequent auf die **Methode des Dialogs**. Dialog über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft wäre also das zu formulierende Programm. Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung, des Auseinandertriftens der unterschiedlichen Milieus, die kaum noch Kommunikationsstrukturen miteinander pflegen, angesichts dessen, dass das Gespräch

zwischen den Verlierern und Gewinnern von Globalisierung und Internationalisierung nicht oder nur schleppend in Gang kommt, ist die Methode des Dialogs heute mehr denn je eingefordert. Und ein weiterer Grund spricht für den Dialog. Niemand weiß derzeit, wie die Zukunft der Arbeitsgesellschaft aussehen wird. Niemand weiß, ob es uns gelingen wird, die sich vertiefende weltweite Spaltung aufzufangen. Niemand weiß, welches Gesicht die Arbeitsgesellschaft der Zukunft tragen wird. Allenfalls Prognosen können wir wagen. Wenn aber aufgrund der derzeitigen Unsicherheit über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft nicht von vornherein feststehen kann, welche Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten, Emotionen, Einstellungen, Werte und Überzeugungen in Zukunft benötigt werden, sichert der Dialog ab, dass diese gefunden werden können und sich nicht unter dem Druck rein ökonomischer Interessen eine einseitige Richtung, die sich all zu schnell als Sackgasse erweisen könnte, durchsetzt. In den Entwürfen zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft, in denen behauptet wird, das mein heute schon wisse, was denn die Menschen in drei oder vier Jahrzehnten „können“ müssen, kommt ein doktrinärer – um nicht zu sagen „diaktatorischer“ – Aspekt zum Ausdruck. Bildung soll so auf ökonomische Verwertungsinteressen hin programmiert werden nach dem Motto: Wir sagen den Menschen heute, was sie zu tun und zu lernen haben, um dann ungestört weiter ein Wirtschaftssystem aufrecht erhalten zu können, dass die Mehrheit der Menschen von Teilhabe und Teilnahme, von Eigentum und Freiheit, von Mitbestimmung und neuen Lebensentwürfen ausschließt. Was würde etwa passieren, wenn die Methode des Dialogs nicht nur in der Bildungsarbeit, sondern auch in Wirtschaft und Politik zur Selbstverständlichkeit würde?

Die „neue“ Arbeitsgesellschaft fällt nicht einfach „vom Himmel“. Wohl fallen wir des Öfteren aus „allen Wolken“, wenn wir die derzeitigen Ungerechtigkeiten näherhin unter die Lupe nehmen. Vielleicht haben sie erwartet, dass ich ihnen heute eine Vision einer „neuen“ Arbeitsgesellschaft beschreiben und dann Funktion, Aufgabe und Praxis der Bildungsarbeit bestimmen würde. Diese Aufgabe erledigen andere derzeit perfekter als ich dies kann. Menschen und ihre Zukunft werden so verplant, statt auf Freiheit und Dialog zu setzen. Bildungsarbeit wird bei dieser Vorgehensweise überflüssig. Sie ist dann eben keine „Schlüsselfrage“ für die neue Arbeitsgesellschaft, da die Mächtigen und Wissenden bestimmen, wohin der Zug fahren soll. Die Zugführer, der Fahrplan des Zuges, die Fahrtstrecke, die Fahrtgeschwindigkeit, die Besetzung der ersten und zweiten Klasse und die Preise für Ein- und Ausstieg liegen dann eigentlich schon fest. Bildung wird dann allenfalls

zur Anpassung benötigt, um die vorbestimmten Plätze in den Abteilen dieses Zuges einnehmen zu können.

Gegen ein solches Modell wende ich mich. Deshalb kein Konzept für die Zukunft der Arbeitsgesellschaft an dieser Stelle. Gleichwohl bin ich der Überzeugung, dass wir Partei für diejenigen ergreifen müssen, die unter die Räder dieses Zuges geraten sind. Funktion, Aufgabe und Praxis der Bildungsarbeit bestimmt sich von denjenigen her, die auf der Verliererseite der Globalisierung und Internationalisierung stehen. Dies ist auch eine Frage des für jede Demokratie notwendigen sozialen und gesellschaftlichen Gleichgewichts, - abgesehen von der „Option für die Armen“, die uns als Christinnen und Christen in den an dieser Tagung beteiligten Organisationen aufgegeben ist. Die Lasten und die Lust des eigenständigen Denkens werden wir den Menschen nicht abnehmen können. Last und Lust sollten wir durch die Bildungsarbeit fördern. „Bildung zur Freiheit“ ist das Grundsatzprogramm der Bildungsarbeit hin zu einer gerechten und neuen Arbeitsgesellschaft der Zukunft. Und es mag dabei als „Trost“ für alle, die eher die Schwierigkeiten vor Augen sehen, an eine Aussage des amerikanischen Philosophen Herbert Marcuse erinnert werden, die dieser in seinem Vortrag mit dem Titel „Das Ende der Utopie“ am 10. Juli 1967 an der Freien Universität Berlin gemacht hat. Marcuse führt aus: „Alle materiellen und intellektuellen Kräfte, die für die Realisierung einer freien Gesellschaft eingesetzt werden können, sind da. Dass sie nicht für sie eingesetzt werden, ist ausschließlich der totalen Mobilisierung der bestehenden Gesellschaft gegen ihre eigene Möglichkeit der Befreiung zuzuschreiben. Aber dieser Zustand macht in keiner Weise das Projekt der Umwandlung selbst zu einer Utopie. Möglich in dem angedeuteten Sinn ist die Abschaffung der Armut und des Elends, möglich in dem angedeuteten Sinn ist die Abschaffung der entfremdeten Arbeit (...).“

Alle Kräfte für die Realisierung einer freien Gesellschaft sind da. Alle Kräfte für die Realisierung einer gerechten Arbeitsgesellschaft sind vorhanden. „Bildung zur Freiheit“ kann helfen, diese Kräfte zu mobilisieren. Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.
